Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Hochgesang, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 3407.

Nr. 37. **Halle, Freitag den 13. Juli 1917.** **1. Jahrgang.**

Was geplant wird.

Gleiches Wahlrecht in Preußen.

Drei Schritte sind notwendig, um die deutsche Krise zu beendigen und zugleich die Weltkrise ihrer Lösung näherzuführen. Der erste ist eine verständige Friedenserklärung des Deutschen Reichs, der zweite die Demokratisierung Preußens, der dritte, darum nicht der unwichtigste, die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems im Deutschen Reich.

Nach den Nachrichten, die in Berlin am Nachmittag des letzten Mittwoch vorlagen, ist anzunehmen, daß von diesen drei Schritten zwei und ein halber gemacht werden sollen.

Eine von Sozialdemokraten, Fortschrittlern und Zentrum vereinbarte Kriegszielerklärung soll dem Reichstag vorgelegt werden und hat Aussicht auf Annahme durch eine erdrückende Mehrheit. Der Reichskanzler — noch immer Bethmann-Hollweg — wird erklären, daß er sich diesem Beschluß des Reichstags füge und ihn als Richtschnur für die auswärtige Politik des Reichs annehmen werde.

Das preußische Staatsministerium wird rekonstruiert und eine Vorlage zur Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts wird im Frühherbst dem Preußischen Landtag unterbreitet werden. Ein

neuer Erlaß des Königs von Preußen

bestimmt in Ergänzung der Osterbotschaft ausdrücklich die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, und zwar soll die Vorlage so frühzeitig eingebracht werden, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht erfolgen können. Der Erlaß, der vom 11. Juli datiert und an Bethmann-Hollweg als Präsidenten des Staatsministeriums gezeichnet ist, lautet wie folgt:

> Auf den mir in Befolgung meines Erlasses vom 7. April dieses Jahres gehaltenen Vortrag meines Staatsministeriums bestimme ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtag der Monarchie zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist.
>
> Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.
>
> Ich beauftrage Sie, das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Das sind

sehr erhebliche Fortschritte,

von denen man noch vor 14 Tagen kaum geglaubt hätte, daß sie sich so rasch durchsetzen lassen würden.

Es bleibt aber der dritte Schritt, die Parlamentarisierung der Reichsregierung, und dieser Schritt soll, wie es am Mittwoch im Reichstag hieß, nur halb getan werden. Beabsichtigt ist, einige Staatssekretäre auszuschiffen und sie durch andre Beamte zu ersetzen. Außerdem soll eine Anzahl von Parlamentariern zu einer Art von Staatssekretären ohne Portefeuille ernannt werden. Die Oberste Heeresleitung, der Reichskanzler und die Beamten sowie die parlamentarischen Staatssekretäre sollen miteinander etwas bilden, wofür noch kein Name gefunden worden ist, ein Etwas, das mehr als ein Staatsrat und weniger als eine Regierung ist. Also eine Art nicht nur beratender, sondern kontrollierender, unter Umständen entscheidender Behörde.

Was geplant wird, ist also ein Kompromiß zwischen dem bestehenden System der Obrigkeitsregierung und dem parlamentarischen Regierungssystem. Die parlamentarischen Staatssekretäre sollen nicht, wie die beamteten, Untergebene des Reichskanzlers sein und aus der Reichskasse auch kein Gehalt empfangen. So soll die Unabhängigkeit ihrer Stellung nach allen Seiten hin gesichert werden.

Zu diesem

seltsamen Mittelding

kann man natürlich endgültig erst Stellung nehmen, wenn es wirklich das Licht der Welt erblicken sollte. Unter Umständen kann es für die Sozialdemokratie eine Frage sein, ob sie sich daran beteiligen will oder nicht. Auf der einen Seite wäre es ein nicht von der Hand zu weisender Vorteil, wenn ein Vertreter der Sozialdemokratie oder mehrere die Möglichkeit bekämen, die der der Regierung schärfer zu kontrollieren, als dies vom Platze des einfachen Abgeordneten aus möglich ist. Auf der andern Seite kann die Sozialdemokratie aber nicht die Verantwortung für Beschlüsse übernehmen, die möglicherweise ihren Grundsätzen geradewegs widersprechen.

Starkes Bedenken muß es auch erregen, daß das neue System unter der alten Firma geführt werden soll. Bleibt Bethmann Reichskanzler, so bleibt er es doch nur als der

Geführte der neuen Reichstagsmehrheit,

und er wird genötigt sein, Beschlüsse auszuführen, denen er widerstrebt hat. Man erzählt sich, daß Bethmann-Hollweg an der vereinbarten Friedenserklärung der Fraktionen Aenderungen vorschlug, die diese rundweg ablehnten. Später erklärte er, auch mit der Formel der Fraktionen einverstanden zu sein. Daß er sich wie ein Löwe dagegen gewehrt hat, die preußische Wahlreform noch während des Krieges durchzuführen, ist bekannt. Jetzt ist er bereit, auch in diesem wichtigen Punkt den Wünschen der Reichstagsmehrheit Folge zu geben. Man gewinnt daraus den Eindruck, daß der Reichskanzler notgedrungen zu allem möglichen bereit ist, was man von ihm verlangt, bloß zu einem nicht, was von diesen dringend gewünscht wird: zu seinem Rücktritt.

Die Berufung des Kronprinzen nach Berlin wird mit Recht als ein Zeichen der Bereitwilligkeit zu dem bezeichnet, was die konservative Presse als eine „Preisgabe von Kronrechten" bezeichnet. Da es sich darum handelt, sich eines Teiles des politischen Besitzstandes der Dynastie zu entäußern, will der Kaiser nicht entscheiden, ohne den Thronerben gehört zu haben.

Alles in allem, wenn es bei der Lösung bleibt, die am Mittwoch als die wahrscheinliche galt, dann sind große, wichtige Fortschritte erreicht worden. Leider wird aber

immer noch ein Rest bleiben,

dessen Liquidation große Schwierigkeiten verursachen dürfte. Ob die Regierung wirklich imstande sein wird, nach den vom Reichstag vorgeschriebenen Richtlinien der auswärtigen Politik einheitlich zu handeln, steht noch dahin. Im Preußischen Landtag wird es über die Wahlreform wohl noch einen hitzigen Endkampf geben. Das schwerste Kreuz bleibt aber die halbe Entschließung in der Frage des parlamentarischen Systems. Vermutlich werden noch einige Monate ins Land gehen, bevor die Früchte, die in diesem heißen Juli reiften, in die Scheune gefahren werden können.

* * *

Die erste Kraftprobe.

Die neue 15-Milliarden-Vorlage stand zu Mittwoch auf dem Arbeitsverzeichnis des Reichstags. Die Fraktionen der Mehrheit hatten beschlossen, sie abzusetzen, weil sie zuvor das Ergebnis der politischen Krise festgelegt wissen wollen. Also geschah es denn auch.

Abg. Graf Westarp widersprach für die Konservativen der Verschiebung, weil Kriegskredite ganz unabhängig von der Regierungsweise und den innerpolitischen Zuständen für das deutsche Volk und das deutsche Heer bewilligt werden müßten. Demgegenüber erwiderte Scheidemann, daß die Sozialdemokratie sich die Vorlagen vorher zu überlegen pflege, ehe sie ja oder nein sage, und deshalb nicht erst zustimmen und nachher in die große außen- und innerpolitische Auseinandersetzung eintreten könne.

In Westarps Gedankengang ist zweifellos etwas Richtiges: Kriegskredite bewilligt man nicht der Regierung, sondern dem Lande zu seiner Verteidigung. Trotzdem bleibt die Bewilligung der Kriegskredite kein automatischer, sondern ein politischer Akt. Schon am 4. August hat die Sozialdemokratie erklärt, sie bewillige Kriegskredite nicht für Eroberungen, sondern nur für die Notwehr, für die „Stunde der Gefahr", und sobald Deutschlands Feinde zum Frieden bereit sind, müsse der Frieden geschlossen werden.

Diese Voraussetzung der Kreditablehnung ist heute ganz gewiß noch nicht erfüllt. Wohl aber besteht der Verdacht, daß auch der deutsche Krieg kein reiner Verteidigungskrieg sei, sondern auf Eroberungen ausgehe. Schuld daran ist die wüste Agitation der Alldeutschen. Die Formen, welche diese in letzter Zeit angenommen hat, zwingen die Sozialdemokratie, nunmehr auf restlose Klarheit über die Haltung der Regierung zu dringen. Deshalb war an eine Abstimmung über die Kreditvorlage heute natürlich nicht zu denken.

Die Vertagung der Verhandlung wurde darauf von einer großen kompakten Reichstagsmehrheit beschlossen. Die Sozialdemokraten, Fortschrittler, Zentrum und Nationalliberale stimmten geschlossen dafür, ebenso von den kleineren Parteien die Polen, die Elsaß-Lothringer und die Mehrheit der Deutschen Fraktion. In der Opposition blieben allein Haase und Westarp mit ihren Freunden, die vom Unabhängigen Ausschuß und die von der Unabhängigen Sozialdemokratie.

* * *

Die Nationalliberalen gespalten.

Die Beteiligung an der Reichstagserklärung, welche die Bereitschaft des deutschen Volkes zu einem Frieden ohne Eroberung und Entschädigung ausspricht, haben die Nationalliberalen nach langem Schwanken abgelehnt. Eine partei-offizielle Erklärung beharrt auf ihrer Forderung eines „Sicherungsfriedens", der Deutschlands Macht an Land und Gut über den Besitz vor Kriegsbeginn hinaus vermehrt.

Aber die Nationalliberalen machen daraus keine Kabinettsfrage, sondern finden sich damit ab, daß die Mehrheit des Reichstags entschlossen für einen raschen Ausgleichs- und Verständigungsfrieden eintritt; sie sind gleichwohl bereit, an einer etwa zu bildenden parlamentarischen Regierung mitzuwirken.

Uebrigens kommt auch nicht viel darauf an, weil auch ohne sie eine starke Reichstagsmehrheit für die parlamentarische Regierung mit dem Programm des „weißen Friedens" und der sofortigen Neuordnung vorhanden ist.

Eine spätere Meldung besagt, daß die nationalliberale Fraktion die Abstimmung über die Friedensresolution ihren Mitgliedern freigegeben hat. Man rechnet mit 20 bis 25 Jastimmen. Trifft das zu, dann würde ungefähr die Hälfte der Fraktion für einen Ausgleich sein. Die Annexionisten hätten also nur noch die andre Hälfte der Nationalliberalen für ihre Sicherungs- und Eroberungsziele.

* * *

Der Friede der Mehrheit.

Die nach diesem Entschluß der Nationalliberalen allein von den Sozialdemokraten, den Fortschrittlern und dem Zentrum abzugebende Mehrheitskundgebung, die nur die Kriegszielfrage bespricht, steht in ihren Grundzügen nunmehr fest. Es wird darin Bezug genommen auf die Stellungnahme, die der Reichstag am 4. August 1914 zum Ausdruck brachte, wonach Deutschland seine Waffen lediglich zur Verteidigung der Freiheit und Selbständigkeit sowie der Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes ergriffen hat. Auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahrs, so wird in der Kundgebung ausgeführt, erstrebt die Mehrheit des Reichstags einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Solange die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden nicht zugestehen wollen, ist das deutsche Volk und seine Reichstagsvertretung entschlossen, einmütig zusammenzustehen und den Kampf fortzusetzen, bis die Rechte Deutschlands und die seiner Verbündeten gesichert sind.

Man rechnet damit, daß diese Kundgebung, auch ohne die Zustimmung der Nationalliberalen, etwa 300 Stimmen auf sich vereinigen wird. Diese Mehrheit dürfte deshalb eine so stattliche werden, da mit dem Anschluß eines Teiles der Deutschen Fraktion — in Frage kommen hauptsächlich die christlichen Gewerkschafter — sowie der Polen, Elsässer, Dänen und Welfen gerechnet werden kann.

Die von dem interfraktionellen Ausschuß verfaßte Friedensresolution wird als Antrag sofort an das Plenum gebracht und zur namentlichen Abstimmung gestellt werden.

* * *

Die preußischen Minister treten ab.

Ein endgültiges Ergebnis der Beratungen im Kronrat ist amtlich noch nicht bekanntgegeben. Aber es unterliegt sachlich keinem Zweifel mehr, daß der Kaiser bereit ist,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170713-15/fragment/page=0001

auf den von der Reichstagsmehrheit geschaffenen Boden zu treten.

Die Einwilligung in das Angebot des Friedens ohne Eroberungen und Entschädigungen liegt in der Richtung des deutschen Friedensangebots vom 12. Dezember und ist seine logische Fortsetzung. Hierbei werden ernste Widerstände kaum zu überwinden sein.

Auch die Einbringung der Wahlreform, die das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen bringt, ist durch den oben abgedruckten Erlaß erledigt. Das preußische Gesamtministerium mit v. Bethmann-Hollweg an der Spitze hat seine Entlassung eingereicht. Darauf führt offenbar das Gerücht zurück, der Reichskanzler habe demissioniert, das bisher nicht richtig ist.

Die Durchführung der Wahlreform gegen das Dreiklassen-Parlament mit seiner konservativen Mehrheit und gegen das Preußische Herrenhaus wird freilich nicht einfach sein. Darauf bauen die Konservativen und die „schweren" Nationalliberalen noch den Rest ihrer Hoffnungen. Aber auch diese werden verfliegen. Auch das gleiche Wahlrecht ist für Preußen gesichert.

* * *

Die Parlamentarisierung.

Die meisten Schwierigkeiten technischer Art bereitet der Uebergang zum Parlamentarismus, weil ein verantwortliches Reichsministerium den Bundesrat sachlich ausschalten und damit die deutschen Einzelstaaten ihres Einflusses auf die Führung der Reichsgeschäfte berauben würde. Das bedingt entweder umfangreiche Verfassungsänderungen, die durch den Widerspruch von 14 Stimmen im Bundesrat geworfen werden könnten und diese 14 Stimmen finden sich einstweilen noch. Oder die Parlamentarisierung besteht nur als Kriegsmaßnahme in der Uebertragung einiger wichtiger Reichsämter an Parteiführer — dann könnte nach dem Kriege alles wieder in den alten Zustand der Einflußlosigkeit des Volkes zurücksinken.

Aus diesem peinlichen Dilemma sucht die jetzige Regierung einen Ausweg durch Bildung eines Staatsrats von etwa 15 Parteiführern, der in täglicher Arbeit mit der Reichsleitung den Einfluß des Volkes auf die Reichsgeschäfte zur Geltung bringen soll.

Als Zwischeninsel und Uebergangszustand ließe sich vielleicht davon reden, wenn dieser Staatsrat mit so weit gehenden Rechten ausgestattet wird, daß er wirklich die Entscheidung des Reiches in Händen hat. Wenn nicht, würde dadurch die jetzige Krise nur verschleppt und einer neuen heftigeren Krise der Boden bereitet werden.

* * *

Und der Reichskanzler?

So weit man im Augenblick von außen blicken kann, bleibt Bethmann-Hollweg vorläufig im Amt. Gerettet hat ihn die Wut, mit der die Alldeutschen ihn zu stürzen suchten, um den Fürsten Bülow oder irgendeinen General an seine Stelle zu bringen. War erst Bethmann fort, dann hofften sie, den Kaiser doch noch dazu zu bringen, daß er in die Richtung des Eroberungskrieges und des innerpolitischen Stillstandes einlenke.

So ist Bethmann der Bannerträger des Kampfes geworden gegen die alldeutschen Eroberungspolitiker geworden. Erkennt Bethmann, was die Stunde von ihm fordert, stützt er sich entschieden auf die Linke und bekennt er ein klares Programm, dann dürfte er vorläufig im Amt bleiben.

Womit nichts für die Zukunft gesagt ist. Denn der Vorstand der Zentrumsfraktion hat ihm schon beschinigt, daß sie ihn nicht für den Mann hält, der bei den Friedensverhandlungen mitwirken könne. Kann er den Frieden nicht paragraphieren, kann er ihn natürlich noch weniger herbeiführen. Aber das Zentrum kann eventuell seine Auffassung wieder ändern. Wir leben im Wirbel. Und wir leben in einem rasenden Tempo.

Deshalb muß schon jetzt ganze Arbeit gemacht werden. Ein Unglück für Deutschland wäre es, wenn in letzter Stunde doch noch Bedenken und Halbheiten das Werk störten. Dann würde, um mit den Worten des Reichskanzlers zu sprechen, Deutschland gestürzt in „innerpolitische Erschütterungen, deren Tragweite niemand zu übersehen vermag". Die Entscheidungsstunde hat geschlagen.

* * *

Hinkende Boten.

Während die Reichstagsmehrheit Geschichte schreibt, und selbst konservative Männer schon einsehen, daß es weder einen Stillstand noch ein Zurück mehr gibt, kommen 20 Berliner Universitäts-Professoren daher und erlassen eine Erklärung: „Wir würden es für ein Unglück halten, wenn im Gegensatz zu der kaiserlichen Osterbotschaft die endgültigen Beschlüsse schon während des Kriegszustandes gefaßt und ins Werk gesetzt würden."

Von den 20 Professoren haben wir nicht das Vergnügen, die Mehrzahl zu kennen. Wer weiß, wer Franke, Holl, Josse, Kloß, Liebisch, Lüders, Schulze, Stutz, Triepel und Wedding ist. Möglich, daß sie auf ihrem Fachgebiet Tüchtiges leisten; auf politisch maßgebliches Urteil können sie keinen Anspruch machen. Die andern sind sämtlich uralte Herren, die noch in der Bismarck-Zeit leben: der alte Gierke, Kohler, Wilamowitz-Möllendorf usw. Es ist schlimm für sie, daß sie die neue Zeit nicht verstehen, aber von Bedeutung ist es nicht, wenn sie das öffentlich bekunden.

Ein andrer Universitäts-Professor, Dietrich Schäfer, vom „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden", bricht in ein großes Gejammer aus, der Verzichtfriede, das heißt, Friede ohne Eroberung, sei gleichbedeutend mit der Vernichtung des Vaterlandes und insbesondere seines Arbeiterstandes.

Das kann Schäfer ruhig den Arbeitern selbst zur Beurteilung überlassen. Auch die Sorge darum, daß die Kämpfer an der Front jetzt nicht mitentscheiden können, wie Deutschland neu eingerichtet werden soll, ist überflüssig. Wir haben gar nichts dagegen, daß an der Front über gleiches oder ungleiches Wahlrecht abgestimmt wird. Das Ergebnis kennen wir freilich auch ohne Abstimmung schon.

* * *

Der Beratungsplan des Reichstags.

Der Aeltestenausschuß des Reichstags hielt am Mittwoch eine Zusammenkunft ab, um sich erneut schlüssig zu werden über die geschäftlichen Dispositionen der nächsten Tage.

Die Mehrheit entschied, daß der Donnerstag sitzungsfrei bleiben solle. Am Freitag sollen das Schiffahrtsgesetz in zweiter und dritter Lesung, ebenso das Gesetz über die Gefangenenfürsorge endgültig verabschiedet werden. Der Donnerstag soll ganz den Verhandlungen in den Fraktionen vorbehalten sein.

Am Sonnabend soll dann der Bericht des Hauptausschusses über äußere und innere Politik zur Debatte gestellt werden. In Verbindung damit soll die erste Lesung der Kreditvorlage fortgesetzt werden. Ob es gelingen wird, diese große politische Debatte an einem Tage zu Ende zu führen, ist nicht anzunehmen.

Dieser Plan läßt sich auch nur dann durchführen, wenn die Entschlüsse der Regierung über die deutsche Neuordnung im Laufe des Donnerstag gefaßt werden.

Was der Krieg bringt.

Der Seekrieg.

Zwei deutsche Wasserflugzeuge zerstört? Reuter meldet: Wie die englische Admiralität bekanntgibt, meldet der Kommodore von Lowestoft, daß der bewaffnete Trawler „Iceland" Montag zwei feindliche Wasserflugzeuge zerstörte und vier Gefangene einbrachte.

Ein niederländisches Schiff aufgebracht. Das niederländische Fahrzeug „Noelfina", von Vlissingen nach Dünkirchen unterwegs, ist in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot aufgehalten und nach Zeebrügge aufgebracht worden.

* * *

Die Stockholmer Vorbesprechungen.

Aus Stockholm wird berichtet:

Im Bulletin des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte ist ein offizielles Communiqué über die Beratungen erschienen, die die russischen Delegierten zur Frage der internationalen Konferenz mit den Vertretern der deutschen sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der österreichischen und der ungarischen sozialdemokratischen Partei hatten. Hierbei wurde festgestellt, daß die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands die im Aufruf vom 25. April aufgestellte Plattform des Arbeiterrats vollständig billigt und daß sie bereit ist, an einer Konferenz teilzunehmen. Auch der Vertreter der ungarischen sozialdemokratischen Partei, Weltner, erklärte, daß seine Partei die Platform und die Einladung des Arbeiterrats zur Konferenz annimmt.

Im Namen der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs erklärt Viktor Adler, daß die Konferenz nach seiner Meinung dringend notwendig sei, und daß sie zweifellos das starke Streben aller Völker zum Frieden widerspiegeln werde. Adler hält es nicht für zweckmäßig, jetzt lange Denkschriften zusammenzustellen oder besondre Plattformen auszuarbeiten; es genüge der Wunsch, zusammenzukommen und sich unter dem Friedensbanner zu vereinen. Wenn aber die russische Delegation verlangt, daß ihre Platform in einer bestimmten Erklärung ausdrücklich angenommen werde, so erklärt Adler sein Einverständnis mit diesem Programm. Die österreichische Sozialdemokratie sei bereit, allgemeinen Beschlüssen der Konferenz Folge zu leisten. Solche Beschlüsse werden eine neue Lage schaffen. Wenn er jetzt für die Kriegskredite gestimmt hätte, um sein Einverständnis mit der Verteidigung des Vaterlandes zu beweisen, so ist er bereit, nach der Konferenz dagegen zu stimmen, vorausgesetzt, daß ein allgemeiner Beschluß eine gleichartige Haltung der sozialdemokratischen Parteien sichert.

Bei den Besprechungen mit den Vertretern der deutschen sozialdemokratischen Partei konnte Hermann Müller auf dieselben Fragen nicht bindend antworten. Er müsse sich erst über die Beschlüsse und Meinungen der leitenden Parteistellen unterrichten. Müller reiste nach Berlin, um mit den Zentralstellen der Partei und den Gewerkschaften das Problem zu besprechen. Die Konferenzen der russischen Delegation mit dem holländisch-skandinavischen Komitee berührten hauptsächlich Fragen der praktischen Organisation der geplanten Konferenz und sind noch nicht abgeschlossen.

Die russische Delegation hat auch Beratungen mit der Berner Kommission und dem Bürgermeister Lindhagen.

Alle Beratungen trugen ausgesprochen freundschaftlichen Charakter. Die Delegation kam mit größter Genugtuung feststellen, daß ihre Sendung auf vollen Erfolg rechnen kann. Der größte Teil ihrer Mitglieder geht in kürzester Zeit nach London und Paris und womöglich auch nach Italien.

Das Bulletin meldet weiter, daß Karl Liebknecht und Friedrich Adler in das Exekutivkomitee des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte gewählt worden seien.

Zu Verhandlungen mit den Zimmerwaldern treffen Martinow und Jermanski aus Petersburg ein. —

* * *

Durch Frankreich und England.

Uns wird der folgende Brief eines Neutralen übermittelt:

Ich war nur wenige Wochen in England und konnte doch den großen Unterschied in der Stimmung des Volkes in England und in Frankreich feststellen. Auch England leidet schwer, aber es leidet mit dem Bewußtsein, durchhalten zu können. In Frankreich fehlt dieses Bewußtsein. Hier schwindet die Hoffnung mehr und mehr. Man lebt in Stumpfheit und Dumpfheit dahin. Die einen hält der Haß gegen die Feinde aufrecht, die andern hassen den Feind und die eigne Regierung gleichermaßen und verlieren in dem Gefühl des Verärgertseins das Auge für die täglichen Notwendigkeiten; wieder andre geben sich der Verzweiflung ganz und gar hin und gehen leiblich und seelisch zugrunde.

Anders der Engländer! Ihn läßt die Hoffnung auf Besserung oder Sieg auch in den schlimmsten Stunden nicht im Stich. Ich müßte lügen, wenn ich während meines Aufenthalts in London, Manchester, Glasgow, Edinburg und andern Hauptorten der Großindustrie nur einen Briten gefunden hätte, der aus Angst vor der ungewissen Zukunft seines Landes verzweifelt wäre. Im Gespräch mit Arbeitern, Unternehmern, Technikern, politischen Persönlichkeiten konnte ich keineswegs Siegesgewißheit heraushören. Viele, oder wohl auch die Mehrheit, hatten große Zweifel, ob der Feind besiegt werden könnte. Die meisten sprachen mit großer Achtung, ja auch mit Bewunderung von dem Feinde, der so wenig Hilfe von außen hätte. „Aber untergehen wird England auf keinen Fall, eher wird Deutschland untergehen. Und verhungern werden wir schon lange nicht."

In solchen und ähnlichen Redewendungen kommt ein starkes Selbstbewußtsein zum Durchbruch. Wenn ich dann auf die Lage Frankreichs, in dem ich seit Kriegsausbruch lebe, aufmerksam machte, zuckte der Engländer die Achseln. „Wir können nicht mehr tun, als ihnen Organisation beibringen." Als unbeteiligter Beobachter muß ich feststellen: Wenn die Franzosen die englische Organisation hätten, brauchten sie heute nicht zu verzagen. Sie haben sich in drei Jahren alle redliche Mühe gegeben, sich das Organisationstalent anzueignen. Sie haben es nicht erlernt und werden es auch nie erlernen. Und darum sind sie in der Erkenntnis von der Unfruchtbarkeit ihrer Bemühungen tief bis zur Verzweiflung bedrückt. Sie haben beträchtliche Engländer und Amerikaner zur Unterstützung im eignen Lande, aber diese Mitwirkung reicht nicht aus. Ohne sie wäre Frankreich allerdings heute schon niedergeschmettert.

Das Geheimnis des Erfolgs im englischen Durchhalten beruht nach meinen Erfahrungen einzig und allein in der Organisation. Dort bleibt keine einzige menschliche oder tierische Kraft ungenützt oder müßig. Kein Fleckchen Land bleibt brachliegen. Alle größeren Parke im Innern von London sind bis auf verschwindend geringe Flächen für den Müßiggang, für Nutzungen usw. in den Dienst des Krieges gestellt worden. In Frankreich liegt auch heute noch trotz allen Mühen infolge der U-Boot-Gefahren mindestens ein Drittel besten Ackerbodens — von Parkgelände ganz zu schweigen — vollkommen unbebaut. Wenn die Engländer in Frankreich nicht auch nach dieser Richtung im Frühjahr eingegriffen hätten, sähe es noch weit schlimmer aus. In Paris jammert man: keine Landarbeiterkräfte! Landflucht! Streik der kriegsgegnerischen Bauern! Man jammert und schreit, legt aber die Hände in den Schoß, nachdem man der Bureaukratie neue Arbeit gegeben hat. Man schimpft auf die Bureaukratie, erwartet jedoch von ihr alles Heil. Der Franzose ist Fatalist geworden. Oder er hat nicht mehr die Kraft, sich aus seiner Lethargie aufzurafen.

Der Engländer faßt die Sache sofort von der praktischen Seite an. Er hält sich nicht erst lange mit Klagen und Anklagen auf. Die Arbeit der Bureaukratie spielt bei ihm eine ganz untergeordnete Rolle. An landwirtschaftlichen Kräften fehlt es in England noch weit mehr als in Frankreich, und doch wird mehr geschafft und dementsprechend auch erreicht. Der Brite läßt die andern arbeiten, die Farbigen allerdings Zonen; er selber organisiert und beaufsichtigt. Der Franzose hat ebensoviel, wenn nicht gar noch mehr Farbige zu seiner Verfügung. Aber er versteht nicht zu organisieren und zu beaufsichtigen. Bei ihm geht alles drüber und drunter. Bei ihm verwildern die Farbigen vollends und werden zu Verbrechern, die zum Schrecken und zur Geißel der Landesbewohner werden. Der Engländer bringt in seinem eignen Interesse seiner Schwarzen und Gelben zuallererst Mores bei. Dann beutet er sie aus. In England sind die Farbigen zahm und ducken sich. In Frankreich sind sie frech geworden, faulenzen, weil sie sich nicht beaufsichtigt sehen, verlumpen, verkommen. Kein Geistlicher würde sich um sie kümmern. In England kommt auf mindestens je 500 Farbige ein Missionar, der aus den Kolonien herbeigeholt worden ist, nicht sowohl zum Zwecke des Seelenheils dieser Heidenkinder, als vielmehr zum Zwecke des eignen Landesheils. Die Religion im Dienste des Staates, Dressur, Abrichtung, Disziplin, das gehört mit zur Organisation. Hunderte und Tausende von Franzosen sind hinübergeschickt worden, um es den Engländern abzugucken. Von einer Nutzanwendung des Gesehenen ist aber in Frankreich nichts zu merken.

Ich war zugegen, als man aus Italien vor drei Monaten 12 000 allerbeste Arbeitskräfte bekam. Nach wenigen Wochen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170713-15/fragment/page=0002

schickte man sie zurück. Man wußte mit ihnen nichts anzufangen. Nicht etwa, weil die Italiener nichts arbeitsfähig waren, sondern weil keine Organisation zur Verteilung der Kräfte da war. „m"

* * *

Die Ernte gefährdet.

Dasselbe französische Blatt, das am 17. Mai d. J. einen „Aufruf an das deutsche Volk" mit dem kategorischen Ersuchen gerichtet hat, sofort die Waffen zu strecken, wofern es nicht aus Frankreichs Händen sein Todesurteil entgegennehmen wolle, schreit 6 Wochen später sein lautes „Zu Hilfe!" in die Welt hinaus:

Unsre Ernte geht dem Verderben entgegen. Die Landflucht wird fürchterlich. Die Wirkungen sind nicht wieder gutzumachen. Mindestens 200 000 Menschen hatte man für die Frühjahrsbestellungen nötig. Aber durch den Abgang der Jahresklasse 1918 und durch Nachmusterungen ist der Mangel um weitere 160 000 Mann gewachsen. Seit Anfang d. J. hat die Landwirtschaft nur 74 000 Mann aus den Jahresklassen 1888 zurückerhalten, ferner 3000 Kriegsgefangene und 40 000 Hilfskräfte. Wir haben aber unbedingt 300 000 Mann Arbeitskräfte für die Erntearbeiten nötig.

In Wirklichkeit ist der Mangel noch weit erheblicher. Unsre Bäuerinnen, die sonst so stark sind, haben seit dem Kriege Furchtbares durchgemacht. Viele haben ihr Arbeitsvieh verkauft und die Äcker verlassen. Andre sind in die Geschoßwerkstätten gegangen. Die Zurückgebliebenen sind mutlos geworden. Die Entvölkerung der Ortschaften macht immer größere Fortschritte. Daher wird die Frage der Ernährung der Stadtbevölkerung immer schwieriger. Mit den bloßen Einschränkungen kommen wir zu keiner Lösung. Und doch ist eine solche im Interesse der Bürgerschaft ebenso wie der Landbewohner unbedingt nötig.

Um den Frauen auf dem Lande Mut zu machen und Vertrauen einzuflößen, hat die Kammer verschiedene Maßnahmen ergriffen. Aber die Notwendigkeit derselben hat man noch nicht genügend begriffen. Man darf nicht in die alten Fehler verfallen. So kann es unmöglich weitergehen. Das Heu ist bereits seinem Verderben ausgesetzt gewesen, weil es an Arbeitskräften fehlte. Der Kriegsminister hatte Landwirte aus der Jahresklasse von 1890 zu schicken versprochen. Aber nichts ist bisher geschehen. Die ministeriellen Versprechungen sind nicht gehalten worden von den Kanzleien, die die Rundschreiben vorbereiten. Die Presse darf nicht gleichgültig bleiben. Das Heu geht zugrunde, aber selbst die ganze Ernte ist gefährdet. Man forderte öffentlich auf: Sät Getreide! Doch zu welchem Zwecke, wenn die Ernte unmöglich ist? Die Lage ist schwer. . . ."

So schreibt der Abgeordnete Jean Durand im Pariser „Matin". Auch die Franzosen sehen der Ernährungsfrage bang entgegen. Dadurch wird für uns zwar kein Brot gebacken, wohl aber die Erkenntnis gewonnen, daß die Kriegsbereitschaft drüben auch ein natürliches Ende nehmen muß. —

* * *

Moderner Städtekrieg.

Als der diesjährige Wirtschaftsplan für Obst und Gemüse bekanntgegeben wurde, der als besondere Neurung die Lieferungsverträge der Gemeinden brachte, wurde von uns schon darauf hingewiesen, daß damit weder die Preistreiberei noch andre schöne Begleiterscheinungen des berühmten Spieles der Kräfte ausgeschaltet würden. Wo früher Händler sich gegenseitig zu verdrängen suchten, machten es nunmehr Gemeinden. Die Wirkung bleibt die gleiche und die Konsumenten bezahlen wieder die Kosten des Konkurrenzkampfes. Welch erbauliche Formen der vorausgesagte Kampf der Städte um Kohl und Gemüse angenommen hat, das geht aus folgendem „Schlachtbericht" der „Koblenzer Volkszeitung" hervor:

Daß Koblenz heute als erste Stadt des Westens mit neuen Kartoffeln aufwarten kann, das ist die Folge eines schlauen Striches — übrigens eines ganz gesetz- und ordnungsmäßigen. Wir, das heißt die Stadt Koblenz, haben nämlich mit einer durch Frühgemüsezucht bekannten größern Gemeinde im Landkreis Köln einen sogenannten **Lieferungsvertrag abgeschlossen,** nach dem wir die ganze Ernte zu bestimmten Preisen im voraus übernommen haben. So erhalten wir also seit geraumer Zeit schon Gemüse und nun auch die Kartoffeln. Freilich, leicht ist's nicht gewesen, uns **die Beute zu sichern.** Es hat Kämpfe abgesetzt mit allerhand Instanzen, die das schöne Werk zu durchkreuzen versuchten. **Wir sind Sieger geblieben, weil der Vertrag mit allen Schanzwerken der Vorsicht ausgestattet war.** Unsre lieben Nachbarn in Köln aber sind fuchsteufelswild geworden, als am letzten Sonntag die Koblenzer Erntekolonnen, darunter die obern Klassen des Realgymnasiums, in Schlachtordnung anrückten und in fröhlichem Wetteifer gruben und schafften und wühlten und rafften, den Kölner Heinzelmännchen zum Trotz, und sich diebisch freuten, den Kölnern die gute Beute förmlich aus dem Munde zu reißen.

Das war eine **abenteuerliche Geschichte.** So mit Sack und Pack losrücken, abends spät ankommen, in sehr ursprünglichen Gemächern, wie Maschinenhallen, Ställen, Scheunen, auf selbstgestopften Strohsäcken übernachten und morgens dann zum emsigen Schaffen ausziehen, mittags das aus mitgebrachten Beständen selbstgekochte Mahl mit ungewohntem, durch Hunger gewürztem Appetit verzehren und abends die Freude genießen, bereits einige Eisenbahnwagen abrollen zu sehen. Es war auch die höchste Zeit, sonst wäre uns alles durch die Lappen gegangen.

So ein bißchen **Schadenfreude** gegenüber den Kölnern war ja gewiß auch dabei, besonders in Anbetracht des Umstandes, daß es gerade die Kölner waren, die uns in den letzten Monaten durch ihren Schleichhandel den uns zuletzt als Versorgungsgebiet zugewiesenen Landkreis Koblenz so gründlich abgegrast hatten, daß wir die uns zugesicherten Kartoffelmengen nicht mehr erhalten konnten. So mischt sich in die ernstesten Dinge immer wieder ein Bröckchen unfreiwilligen Humors. Dem ungesetzlichen Hamstertreiben der Kölner im kleinen setzen die Koblenzer eine **gesetzliche Hamsterfahrt** im großen entgegen.

Wirklich, das war eine „abenteuerliche Geschichte", so abenteuerlich, wie die ganze Gemüseversorgung. Das Abenteuer der Koblenzer hat dazu geführt, ihnen „die Beute zu sichern", wohin das Gemüseabenteuer des Volkes in den deutschen Städten führt, müssen wir noch abwarten. Unser Kölner Parteiblatt bringt den Jubelschrei der „Koblenzer Volkszeitung" und überschreibt ihn: „Das Frohlocken der Sieger". Derartige Siege, wie die Koblenzer einen erfochten haben, sind vielleicht auch zu gebrauchen, warum auch nicht. Die Reichsgemüsestelle kann mit solchen Erfolgen nachweisen, daß Städter zuweilen Gemüse bekommen, sie brauchen nur mit allen „Schanzwerken der Schlauheit und Vorsicht Hamsterfahrten im großen" zu veranstalten. Und wenn sich dabei aus der Versorgung ein bunter Wirrwarr entwickelt, wenn Gemeinden nichts abbekommen, dann bleibt immer noch der Ausweg — eine neue Verordnung zu erlassen.

Die Stadt Köln hat auch mit einer andern Nachbarstadt schlechte Erfahrungen gemacht. Die Stadt Essen hat im Vorgebirge bei Köln, einem Gemüseparadies, den Erzeugern Preise geboten, die weit über die Reichshöchstpreise gingen, und als die Stadt Köln Erfüllung der abgeschlossenen Verträge auf Grund der Höchstpreise verlangte, bekam sie — nichts. Es ergab sich u. a., daß die Obstpreise um das Doppelte überschritten worden waren, und man war genötigt, den gleichen Preis zu bezahlen, um wenigstens etwas zu erhalten. Die Städte kommen demnach schon auf die Sprünge der Preistreiber und scheuen selbst Ueberschreitung der gesetzlichen Höchstpreise nicht. Das ist eine vortreffliche Reglung des Handels mit Gemüse. —

* * *

Gegen die Zensur.

Reichstagsabgeordneter Genosse Ebert hat folgende Kleine Anfrage im Reichstag eingebracht:

Laut Verfügung der Oberzensurstelle (Nr. 25674) ist die Verbreitung der Druckschrift „Frieden der Verständigung, Reichstagsrede von Philipp Scheidemann" entgegen dem Artikel 22 der Reichsverfassung verboten worden; undz war mit dieser Begründung:

Dem Rechte des Abgeordneten Scheidemann auf Bekanntgabe seiner Aeußerungen im Reichstag ist durch seinerzeitige Veröffentlichung der Reichstagsverhandlungen in der gesamten Presse Genüge geschehen. Die Rede unterliegt, wenn sie aus dem Rahmen der Reichstagsverhandlungen herausgenommen und zu Propagandazwecken durch Flugblattverbreitung verwertet werden soll, wie jede andre Veröffentlichung den Zensurbestimmungen. Da sie an zahlreichen Stellen gegen die geltenden Bestimmungen verstößt, kann die beabsichtigte Verwertung nicht gestattet werden.

Die Annexionistenschrift „Lehmanns Kriegsziele" wird, ungehindert von den Zensurstellen, im ganzen Staat in großen Massen verbreitet.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem verletzten Rechte Geltung zu verschaffen? Ebert.

Die Anfrage dürfte am Freitag im Reichstag mit erledigt werden. —

* * *

Notizen.

Der Preußische Landtag. Einer Korrespondenz zufolge tritt der Preußische Landtag voraussichtlich am 9. Oktober wieder zusammen. Das am Widerstand des Herrenhauses gescheiterte Wohnungsgesetz, verbunden mit dem Bürgschaftssicherungsgesetz, werde dem Landtag zur Beratung vorliegen. Ob auch das vielumstrittene Fideikommißgesetz dem Landtag nochmals unterbreitet werde, sei zurzeit noch nicht entschieden. Den wichtigsten Verhandlungsstoff des hoffentlich letzten preußischen Dreiklassenlandtags werde die neue Wahlreformvorlage bilden. Der Haushaltplan für 1918 werde dem Landtag im Oktober noch nicht vorgelegt. — Das Herrenhaus soll seine Tätigkeit erst im Dezember wieder aufnehmen, sofern nicht entscheidende Gründe für eine frühere Tagung auftreten. —

*

Von ihren eignen Landsleuten getötet oder verwundet. Die Zahl der bei feindlichen Artillerie- oder Fliegerangriffen getöteten und verwundeten Einwohner der besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien hat sich im Monat Juni 1917 wieder beträchtlich erhöht. Es wurden getötet 12 Männer, 24 Frauen und 3 Kinder und verwundet 39 Männer, 26 Frauen und 18 Kinder. Nach den Zusammenstellungen der „Gazette des Ardennes" sind nunmehr seit September 1915, also innerhalb der letzten 21 Monate, insgesamt 3078 friedliche französische und belgische Einwohner in den von uns besetzten Gebieten Frankreichs und Belgiens Opfer der Geschosse ihrer eignen Landsleute geworden. —

*

Vieh ist Gegenstand des täglichen Bedarfs. Die Elberfelder Strafkammer hat — wie einige Zeitungen berichteten — einen Schlächtermeister, der beim Verkauf lebenden Viehes sich Wucherpreise hatte zahlen lassen, freigesprochen mit der Begründung, daß lebendes Vieh nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehöre. Diese Entscheidung steht im Widerspruch mit der ständigen Uebung des Kriegswucheramts und ist auch mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht vereinbar. Gegen das Urteil ist daher auch Revision eingelegt. Lebendes Vieh ist stets zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen, wie dies in der Begründung zum Höchstpreisgesetz ausdrücklich ausgesprochen ist, und fällt demgemäß unter die Verordnung gegen Kriegswucher. —

*

Das Urteil im Posener Getreideschiebungsprozeß. Der Getreideschiebungsprozeß gegen den Kaufmann Roman Filisiewicz und Genossen in Posen ist am Mittwoch zu Ende geführt worden. Filisiewicz wurge zu dreizehn Monaten Gefängnis und 255 498 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Nowicki erhielt 6 Monate und 1 Woche Gefängnis und 13 690 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Piotrowski 5 Monate Gefängnis und 13 490 Mark Geldstrafe. —

*

Abgeordneter Spahn erkrankt. In der heutigen Fraktionssitzung des Zentrums, die um 11 Uhr vormittags stattfand, erkrankte plötzlich der Vorsitzende Dr. Spahn, nachdem er eine längere Rede gehalten hatte. Die Fraktionssitzung wurde darauf aufgehoben. Abg. Spahn verblieb zunächst im Fraktionszimmer. Zwei Aerzte, die Abgeordneten Dr. Gerlach und Doktor Schatz, bemühen sich um den Kranken, der zunächst das Bewußtsein verloren hat. —

Englischer Transportdampfer versenkt. Im Sperrgebiet um England wurde wiederum eine größere Anzahl Dampfer und Segler versenkt. Darunter befanden sich der bewaffnete englische Transportdampfer „Armadale" (6153 Tonnen) mit Truppen, Munition und Proviant von Liverpool nach Saloniki, italienischer Dampfer „Nostra Madre" mit 940 Tonnen Mais von Amerika nach England und ein großer unbekannter Dampfer, der aus Geleitzug herausgeschossen wurde.

*

Elsaß-Lothringen. In seiner Rede über Elsaß-Lothringen im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Ribot: Wir haben ein unverjährbares Recht auf Elsaß-Lothringen und können eine Volksabstimmung nicht zulassen. —

*

Die Franzosen für Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen. „Times" meldet aus Paris: Der mit der Beantwortung der Fragen des holländisch-skandinavischen Ausschusses beauftragte Ausschuß der französischen Sozialisten hat seine Antwort am 5. Juli fertiggestellt. Sie betont Frankreichs „unbestreitbaren Rechtsanspruch auf Elsaß-Lothringen", erklärt sich aber mit der Rücksicht auf den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts aller Völker damit einverstanden, daß die Elsaß-Lothringer über ihr Schicksal durch Plebiszit entscheiden. Das Plebiszit soll nach diesem Vorschlag unter der Kontrolle der Nationen in dem dem Friedensschluß folgenden Jahre stattfinden. —

*

Die Kämpfe im Osten. In den Karpathen hält, dem Wiener Heeresbericht zufolge, die regere Gefechtstätigkeit an. Südlich des Dnjestr wurden die Bewegungen der verbündeten Truppen ohne Störung durch den Gegner vollzogen. Die Abendberichte der beiden Heeresleitungen melden übereinstimmend, daß südlich des Dnjestr deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an der Lomnica wieder in Gefechtsfühlung mit den Russen stehen. —

*

Die Sozialistenkonferenz der Alliierten. Aus London wird gemeldet: Das Vollzugskomitee der Arbeiterpartei hat seinen Vertretern in der englischen Abteilung des Internationalen Sozialistenbureaus aufgetragen, für die Einberufung einer Konferenz der sozialistischen Parteien in den alliierten Ländern zu stimmen. —

*

Der Weg zum Kriege. Wie „Kairi" meldet, dauern die Besprechungen zwischen der griechischen und serbischen Regierung über Erneuerung des zwischen den beiden Ländern abgeschlossenen Vertrags an. Der Vertrag soll verlängert werden und die Bande des Bündnisses zwischen Griechenland und Serbien noch enger knüpfen. —

* * *

Am Dnjestr.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 12. Juli 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Angriff der Marine-Infanterie am 10. Juli stellt einen schönen, großen Erfolg dar; der Feind hat Gegenangriffe nicht zu führen vermocht.

Die Kampftätigkeit der Artillerien war gestern in Flandern vor allem südöstlich von Ypern, an der Artoisfront, bei Lens und Bullecourt gesteigert.

Mehrere Erkundungsunternehmen wurden von uns erfolgreich durchgeführt.

Bei Monchy stürmten Sturmtrupps eines hanseatischen Regiments unter wirkungsvoller Mithilfe von Flammenwerfern eine Reihe englischer Gräben, aus denen eine größere Zahl von Gefangenen zurückgebracht wurde.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In der Westchampagne und auf dem linken Maasufer entwickelten sich im Laufe des Tages heftige Feuerkämpfe.

Einige Aufklärungsgefechte endeten günstig.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Wesentliches.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Wieder war bei Riga, Smorgon und Baranowitschi die Feuertätigkeit lebhaft, auch bei Luzk und auf dem ostgalizischen Kampffeld schwoll sie zeitweilig zu erheblicher Stärke an. An der Schtschara wurden russische Jagdtrupps, am Stochod südöstlich von Kowel feindliche Teilangriffe zurückgewiesen.

Zwischen Dnjestr und Karpathen fühlten die Russen mit gemischten Abteilungen gegen die Lomnicastellung vor: bei Kalusz erreichten Vortruppen das Westufer des Flusses.

Mazedonische Front:

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

*

Russischer Bericht.

Vom 10. Juli. Westfront: Südlich Brzezany heftig Geschützkämpfe. In der Richtung auf Dorinsk setzten die Truppen des Generals Kornilow ihre Offensive am 9. Juli in der Gegend westlich Stanislau fort. Die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen leisteten ihnen kräftigen Widerstand und machten erbitterte Gegenangriffe.

Die hartnäckigsten blutigen Kämpfe spielten sich auf den Straßen nach Galitsch in der Gegend der Dörfer Kutzuska, Palzitow und Paveltsch ab. In den Straßen dieses letztern Dorfes fand ein Nahkampf statt, der mit der gänzlichen Niederlage des Feindes endete. Gegen Abend erreichten unsre Truppen den Lukowitzafluß. Nachdem sie die Dörfer Victorow, Naidam, Hutuska und Natzikow besetzt hatten, trat der Feind den Rückzug gegen den Lomnitzafluß an.

In den Kämpfen am 9. Juli machten wir über 1000 österreichische und deutsche Gefangene und erbeuteten drei Feldgeschütze, viele Schützengrabenwerkzeuge, Maschinengewehre und eine große Menge technischen Kriegswertes. Die Haltung und der Mut unsrer Truppen waren unvergleichlich, die Offiziere überall voran.

Als das Ergebnis dieser beiden Tage der Offensive westlich Stanislau drückten wir die Stellungen des Feindes auf einer Front von 20 Werst bis zur Tiefe von 4 bis 10 Werst ein. (Eine Werst ist gleich 1067 Meter. Red. d. „V.") An den übrigen Front Gewehrfeuer und Fliegertätigkeit. An der rumänischen und Kaukasusfront ist die Lage unverändert. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170713-15/fragment/page=0003

Aus der Parteibewegung.

Für den Frieden und innere Reformen.

Die Kreisversammlung des zweiten württembergischen Wahlkreises nahm am letzten Sonntag Stellung zur politischen Lage. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Keil, beleuchtete die Politik der Reichsleitung, die nach außen in den letzten Monaten eine Reihe schwerer Fehler aufgehäuft, nach innen durch ihr Zögern mit der Neuordnung das Mißtrauen des Volkes gesteigert habe. Die Friedensarbeit könne nur erfolgreich fortgesetzt werden, wenn die Regierung sich auf den Boden unserer Friedensformel stelle. Vor allem aber müsse eine freiheitliche Zukunftsentwicklung schon jetzt sichergestellt werden. In demselben Sinne sprachen sich zahlreiche Diskussionsredner aus und einmütig gelangte folgende Entscheidung zur Annahme:

„Die Generalversammlung des 2. württembergischen Wahlkreises ist in Uebereinstimmung mit ihrem Abgeordneten Keil der Ueberzeugung, daß der Zeitpunkt zu einer klaren Entscheidung der Reichsregierung in den großen Fragen der auswärtigen und der innern Politik gekommen ist. Nur ein unzweideutiges Bekenntnis zu einem Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und Entschädigungen bietet die Möglichkeit, dem Völkerblühen bald ein Ende zu bereiten, und nur die Verankerung der Neugestaltung der innerstaatlichen Zustände unter sofortiger Einführung des parlamentarischen Regierungssystems und Gewährung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten gibt unserm Volke die Kraft zur Abwehr der äußerlichen feindlichen Anstrengungen und das Vertrauen in eine freiheitliche Zukunftsentwicklung. Die Versammlung erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß diese ihre Entscheidung über die neuste Kreditvorlage abhängig macht von den Erklärungen der Reichsregierung zu diesen Schicksalsfragen des deutschen Volkes." — Zum Parteitagsdelegierten wurde Genosse Fischer (Mannstadt) gewählt. Die Wahlkreisorganisation ist trotz der großen Zahl der Einberufungen noch intakt. Es sind noch rund 1500 zahlende Mitglieder vorhanden. —

Stellungnahme zum Parteitag.

Die Vertrauensleute der Parteiorganisation des dritten Hamburger Reichstagswahlkreises beschäftigten sich am Sonntag mit dem bevorstehenden Parteitag. Der Vorsitzende, Genosse Grotze, schilderte die Entstehung der Opposition und ihr Treiben bis zur Spaltung, dabei scharf hervorhebend, daß die allzu weitgehende Duldsamkeit der Partei den Erfolg dieser Treibereien direkt begünstigt habe. Er beantragte, daß der Parteivorstand und die Kontrollkommission ergänzt und neugewählt, aber auch mit größern Befugnissen ausgerüstet werden, damit sie nicht Mitglieder in ihrer Mitte zu dulden brauchen, die keine Parteibeiträge zahlen oder sonst die Partei schädigen. Ebenso soll der Parteiausschuß die Befugnis erhalten, nicht nur über wichtige politische Fragen und Einrichtungen, die die Partei dauernd belasten, mit dem Parteivorstand zu beraten, sondern auch zu beschließen. Bei vorzeitigem Ausscheiden von Mitgliedern der Kontrollkommission oder beim Bekanntwerden von Tatsachen, durch die Mitglieder des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission einer parteischädigenden Handlungsweise überführt werden, soll der Parteiausschuß das Recht der Amtsentsetzung bzw. Ersatzwahl erhalten. Die Redaktion der „Neuen Zeit" soll alsbald neu besetzt werden. Die Vertrauensleute stimmten diesen Anträgen zu. Der dritte Hamburger Wahlkreis wird in Würzburg durch sechs Delegierte vertreten sein.

In der Diskussion wurde noch übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, der Parteitag möge sich möglichst wenig mit der Opposition beschäftigen, keine langen Erörterungen über die Ursachen der Spaltung zulassen, sondern positive Gegenwartsarbeit leisten. Unbedingt festzuhalten sei an der Politik des 4. August 1914; doch müsse diese Politik endlich greifbare Gestalt annehmen. Die Spaltung werde bald überwunden sein, wenn man die Streitigkeiten den Parteigelehrten überlasse, den Massen aber beweise, daß die Partei für ihre Interessen arbeitet. —

Kleine Chronik.

Die Schweineschiebungen auf dem Rittergut Düppel.

Zu der Verhaftung des Administrators des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen auf dem Rittergut Düppel bei Wannsee, von Eberstein, wird weiter gemeldet, daß seit April dieses Jahres 138 Schweine durch Schleichhandel von dem Rittergut, hauptsächlich an größere Restaurants in Wannsee verkauft worden sind. Zu den betreffenden Gastwirtschaften soll die Portion Schweinebraten mit 6 Mark ohne Fleischkarten an die Gäste verabfolgt worden sei. —

Zechenexplosion bei Gelsenkirchen.

Durch eine Explosion auf der Zeche Pluto bei Gelsenkirchen wurden acht Bergleute getötet, 13 schwer, sechs leicht verletzt. Der Grubenbrand konnte sofort gelöscht werden. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Im Interesse der Feuersicherheit wird auf die nachstehenden Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 6. März 1914 über das Verhalten bei Waldbränden und die Bekanntmachung des Herrn stellvertretenden Kommandierenden Generals des IV. Armeekorps vom 2. Mai 1916 besonders hingewiesen:

§ 1.

Jeder, der einen Waldbrand wahrnimmt, ist zur Dämpfung desselben oder, wenn eine solche aus Mangel an zureichenden Mitteln nicht sofort ausführbar ist, zur Meldung seiner Wahrnehmungen im nächsten bewohnten Hause oder Orte verpflichtet.

Ist das betreffende Haus an das Fernsprechnetz angeschlossen, so ist die Nachricht wenn möglich, durch Fernruf an die nächste Gemeinde- oder Polizeibehörde und an den zuständigen Forstbeamten weiterzugeben.

§ 2.

Zur Hilfeleistung bei einem Waldbrande sind alle feuerlöschpflichtigen männlichen Bewohner der Umgegend bis auf 10 km Entfernung von der Brandstätte verpflichtet.

§ 3.

Sobald in einer Gemeinde ein Waldbrand wahrgenommen oder durch Nachricht von auswärts bekannt wird, muß Feuerlärm gemacht werden.

§ 4.

Auf den Feuerlärm hin haben sich die feuerlöschpflichtigen Mannschaften — gegebenenfalls unter Führung ihres Befehlshabers — mit Aexten, Beilen, Spaten, Schaufeln, Hacken versehen nach der Brandstätte zu begeben und bei dem Leiter der Löscharbeiten zu melden.

Dieselbe Verpflichtung liegt auch den Bewohnern einzeln gelegener Güter, Mühlen usw. ob, sobald bei ihnen ein Waldbrand wahrgenommen oder gemeldet wird.

§ 5.

Die zur Hilfeleistung Erschienenen sind verpflichtet, nach Anweisung des das Löschgeschäft Leitenden so lange tätig zu sein, bis sie ausdrücklich entlassen werden.

§§ 6—9 pp.

§ 10.

Zuwiderhandlungen werden, abgesehen von den Bestimmungen des § 44 Ziffer 4 des Felo- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 (G.-S. S. 230) und des § 360 Ziffer 10 des Strafgesetzbuchs, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, im Unvermögensfall mit entsprechender Haft bestraft.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und dem Gesetz vom 11. Dezember 1915 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordnet:

Verboten ist für die Zeit vom 15. Mai bis 31. Oktober das Rauchen und Feueranmachen in Forsten und Wäldern einschließlich aller hindurchführenden öffentlichen und nichtöffentlichen Wege sowie außerhalb der Waldgrenzen in einer Entfernung bis zu 30 Meter.

Das Verbot des Feueranmachens bezieht sich nicht auf die in Forsten und Wäldern beruflich tätigen Personen, wie Waldarbeiter, Köhler, Förster usw.

Aufgehoben werden die Bekanntmachungen vom 16. Juni 1915 und vom Juli 1915 über das Rauchen und Feuermachen in Forsten usw.

Zuwiderhandlungen werden, soweit die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark erkannt werden.

Halle, den 11. Juli 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Es stehen als Hühnerfutter

Geflügelgebäck,
einige Zentner Fettgrieben,
" " Ausputzgerste,
" " Miesmuschelmehl,
" " Knochenkraftfutter
" " defekte Erbsen und
" " Wicken

zur Verfügung. Die Abgabe erfolgt gegen Bezugsscheine, die im Dienstgebäude, Dreyhauptstr. 6, Zimmer 52, vorm. von 8 bis 1 Uhr ausgefertigt werden, und zwar für Namen von Geflügelhaltern mit den Anfangsbuchstaben

M	am 13. Juli,	N—O	am 14. Juli,
R	" 16. "	Sa—Schm	" 17. "
Schn—Sr	" 18. "	St—T	" 19. "
U—W	" 20. "	Z und A	" 21. "
B	" 23. "	C—E	" 24. "
F—G	" 25. "	Ha—He	" 26. "
Hi—J	" 27. "	K—L	" 28. "

Mitglieder von hiesigen Tierzüchter-Vereinen erhalten, soweit diesen Vereinen Futtermittel unmittelbar überwiesen worden sind, keine Bezugsscheine.

Diejenigen Tierhalter, die an den vorbezeichneten Tagen die Bezugsscheine nicht abholen, können diese erst nach dem 28. Juli d. J. erhalten.

Halle, den 10. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Sommer- und Lederschuhwaren
in allen Preislagen und Ausführungen vorteilhaft
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87

Bekanntmachung
Aussaat von Kartoffeln betreffend.

In Ergänzung der Bekanntmachung vom 7. d. M. wird hiermit angeordnet, daß die **Meldung über die Aussaat von Kartoffeln nicht nur von denjenigen Personen zu erstatten ist, welche das Saatgut aus eignen Beständen entnommen,** sondern auch von jenen, die die **Saatkartoffeln ganz oder zum Teil von andrer Seite bezogen oder bekommen** haben.

Ausgenommen von der Meldung sind nur diejenigen, welche das Saatgut vom Bunde zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft oder vom Ein- und Verkaufsverein des Bauernvereins bezogen haben.

Die Meldung ist **binnen 2 Tagen** zu erstatten und sind **Vordrucke im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, Zimmer 35, zu haben.**

Unterlassung der Meldung sowie unvollständige und falsche Angaben werden gemäß Verordnung des Bundesrats vom 26. Juni 1916 (R.-G.-Bl. S. 590) mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder mit Geld bis zu 10 000 Mark bestraft.

Halle, den 12. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung
über Frühdrusch. Vom 2. Juni 1917.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Die im § 1 der Verordnung über die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1917 und für Schlachtvieh vom 19. März 1917 (Reichsgesetzblatt S. 243) für Getreide festgesetzten Höchstpreise erhöhen sich, wenn die Ablieferung erfolgt:

vor dem	16. August 1917	um eine Druschprämie von	60	Mark	für die Tonne
" "	1. Sept. 1917	" " "	40	" " "	"
" "	1. Okt. 1917	" " "	20	" " "	"

§ 2.

Jeder Besitzer von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten sowie von Trocknungsanlagen hat auf Verlangen der zuständigen Behörde innerhalb einer von ihr bestimmten Frist zu erklären, ob sich seine Maschinen, Geräte und Trocknungsanlagen in gebrauchsfähigem Zustande befinden oder bis zu welchem Zeitpunkt er sie instand zu setzen vermag. Die Aufforderung kann durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen. Erforderlichenfalls kann die zuständige Behörde die Instandsetzung auf Kosten des Besitzers vornehmen lassen.

§ 3.

Jeder Besitzer von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und Betriebsmitteln aller Art, insbesondere Treibriemen und Kohlen sowie von Trocknungsanlagen ist verpflichtet, diese auf Verlangen der zuständigen Behörde zum Zwecke der Frühernte und des Frühdrusches oder der Getreidetrocknung gegen eine angemessene Vergütung an dem von der zuständigen Behörde bestimmten Orte zur Verfügung zu stellen. In gleicher Weise sind Besitzer von Kraftwerken verpflichtet, ihre Einrichtung sowie den elektrischen Strom gegen eine angemessene Vergütung zur Verfügung zu stellen.

§ 4.

Die nach § 3 zu gewährenden Vergütungen sind von dem Kommunalverband zu zahlen, vorbehaltlich seines Rückgriffs gegen die Person, zu deren Gunsten die Benutzung erfolgt. Die Drescherlöhne hat in allen Fällen der Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs unmittelbar zu zahlen. Ueber die Höhe der Vergütung und der Löhne entscheidet auf Antrag die untere Verwaltungsbehörde.

§ 5.

Gegen die Verfügungen nach § 2 Satz 3, § 3 ist binnen 2 Tagen, gegen die Entscheidung nach § 4 Satz 3 binnen 1 Monat Beschwerde zulässig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

§ 6.

In Fällen dringenden Bedürfnisses kann die zuständige Behörde verlangen, daß Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe Getreide auch aus den Vorräten abliefern, die zur Ernährung der Selbstversorger, zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes und zur Bestellung der zum Betriebe gehörigen Grundstücke bestimmt sind. Soweit das der Unternehmern verbleibende Getreide für die bezeichneten Zwecke nicht hinreicht, sind die abgelieferten Mengen auf Antrag so bald wie möglich von der Reichsgetreidestelle zurückzuliefern.

§ 7.

Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsvorschriften.

§ 8.

Wer den nach § 2, 3, 7 zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 9.

Soweit die Sicherung des Frühdrusches bereits im Wege der Landesgesetzgebung herbeigeführt worden ist, finden die Vorschriften der §§ 2 bis 5, 7, 8 keine Anwendung.

§ 10.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 2. Juni 1917.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Vorstehendes wird in Ergänzung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1917 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß nach der hierzu ergangenen Ausführungsanweisung vom 17. Juni 1917 als zuständige Behörde im Sinne der §§ 2 und 3 die Kriegswirtschaftsstellen anzusehen sind. Ueber Beschwerden gegen diese Verfügungen und Anordnungen der Kriegswirtschaftsstellen entscheidet das Kriegswirtschaftsamt. Die Entscheidung ist endgültig.

Halle, den 12. Juli 1917.

Die Kriegswirtschaftsstelle für den Stadtkreis Halle.

Alte Promenade Nr. 11a Fernruf 5738 — **U.T** — **Leipziger Straße Nr. 88** Fernruf 1224

Paul Wegener und Lyda Salmonowa in: **Der Golem u. die Tänzerin** ein heiteres Filmspiel, 4 Akte. Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20

Prinzessin Fee Roman von Oskar Höcker — 3 Akte — Vorführung: 4.00, 5.50, 7.50, 9.30

Wenn die Finsternis ruft Tragödie in 4 Akten. Vorführung: 5.10, 7.10, 9.30

Papa geht auf die Freite reiz. Lustspiel mit **Knoppchen**

Die neue Nase Humoreske mit **Ernst Lubitsch**

In beiden Theatern: Die neusten Kriegsberichte.

Für die Ferien

empfehlen wir unsre grossen Lager in

Knaben- und Jünglings-Bekleidung

aus guten, leichten Woll- und Waschstoffen sowie Lüster und Leinen.

In grösster Auswahl

Sport-Blusen | **Tiroler-Ausrüstungen**
Sport-Hosen | **Jugendwehr-Anzüge**
Sport-Gürtel | **Strohhüte — Mützen**

S. WEISS, am Markt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170713-15/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 37. Halle, Freitag den 13. Juli 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 12. Juli 1917.

Zur Kartoffelversorgung

wird uns vom Magistrat zur Uebermittelung an die Oeffentlichkeit folgendes geschrieben:

Die Kartoffelversorgung ist in dieser Woche eine knappe, sie wird auch in der nächsten Woche noch nicht die normale Höhe des Versorgungsplans erreichen. Es ist in menschlicher Schwäche begründet, daß man in solchen Fällen nach einem Schuldigen sucht und in strenger Kritik seinem Herzen Luft macht. Heute müssen wir alles vermeiden, was zu eiger Verärgerung beiträgt und die Erregung andrer steigert, ein ruhiges aufklärendes Wort wird daher nicht unwillkommen sein.

Die gegenwärtige Lage ist die Folge von Verhältnissen, über die Menschen keine Gewalt haben; sie ist das Ergebnis der Kartoffel-Mißernte des abgelaufenen Winters. Wir leben jetzt in der Uebergangszeit. Die Winterernte, die nicht reich war, ist vorzeitig aufgebraucht; die Frühlingsernte ist erst im Zuge. Wir müssen diese Uebergangsperiode hinnehmen, wir dürfen nicht ungeduldig auf raschere Durchführung der Frühjahrsversorgung dringen. Der Regen, der leider etwas verspätet in den letzten Tagen Feld und Flur erfrischt hat, kommt der Kartoffelfrucht zugute, die jetzt noch nahezu stündlich wächst. Eine kleine Verschiebung der Ernte bringt hier großen Gewinn. Wer wollte nicht gern einige Tage warten, wenn dann der Ertrag eines Feldes von 100 Zentnern bis auf 125 Zentner und höher steigt? Das kommt dann uns allen zugute, erleichtert den Sieg über unsre gehässigen tückischen Feinde, die höhnisch heute schon die Hoffnung künden und sich hierdurch ermutigen, daß wir nicht werden durchhalten können, daß uns die Kraft, für das Ganze Entbehrungen zu tragen, nicht in dem Maß eigen ist wie ihnen. Sie sollen sich gründlich täuschen mit ihrer Ansicht, daß wir infolge augenblicklicher Schwäche zu Schritten gezwungen werden können, die uns und unsern Kindern dauernde Lebensnot bringen würden. Zu diesem Sieg über unsre Feinde kann jeder helfen; hier kämpfen mit den in der Heimat zurückgebliebenen Männern auch stolz deren Frauen und Kinder.

*

Wir fassen die Sache vom „Durchhalten" etwas nüchterner auf, als es der Magistrat hier tut. Vor allem aber glauben wir, daß eine ruhige, sachliche und wahrheitsgemäße Darlegung der ganzen Verhältnisse immer noch die beste Wirkung auf unsre Bevölkerung ausübt. Denn nur dadurch werden unrichtige Vorstellungen berichtigt und ungenügende ergänzt. Das aber entzieht wiederum einem großen Teil Unzufriedenheit den Boden, da wohl nur wenige Menschen aus purer Lust an Krakelen schimpfen. Und da können wir nun nach genauer Prüfung aller Verhältnisse ebenfalls nichts Besseres tun, als zu Ruhe und Geduld mahnen.

Es ist tatsächlich so, wie es der Magistrat darstellt: unsre alten Kartoffelvorräte sind so stark angegriffen worden, daß wir nicht die volle Ernte der neuen Kartoffeln abwarten konnten, sondern diese bereits jetzt in der Uebergangszeit angreifen mußten. Das verursacht natürlich eine allgemeine, starke Nachfrage nach Kartoffeln, der das Einernten nicht nachkommen kann. Hinzu kommt, daß es an manchen Stellen noch gar keinen Zweck hat, die Kartoffeln herauszunehmen, weil sie wirklich noch zu klein und zu unausgereift sind infolge der lange anhaltenden Trockenheit. Daraus erklärt sich denn auch das Stocken in den Zufuhren. Wie weit das geht, lehre nur die eine Tatsache, daß am Donnerstag morgen 800 Zentner Kartoffeln ankommen sollten, 80 Zentner aber nur angekommen waren, so daß sich der Magistrat auf den Abend vertrösten und bis dahin auch die mit den Lebensmittelscheinen daran seienden Einwohner zur Geduld ermahnen mußte.

Indes sei jedermann versichert, daß der Magistrat und die liefernden Behörden alles tun, um die Kartoffelversorgung wieder in normale Bahnen zu bringen. Die Kartoffellieferungen bestehen bereits jetzt aus neuen Kartoffeln, obwohl diese noch gar nicht darankommen sollten; aber es wurde getan, nur um die Bevölkerung wenigstens notdürftig mit Kartoffeln versorgen zu können. Um eine Gleichmäßigkeit in der Verteilung herbeizuführen, wurde die vorübergehende Belieferung auf die Lebensmittelscheine vorgenommen, und um auch da niemand zu kurz kommen zu lassen, wurde bestimmt, daß gleichmäßig sowohl am Anfang wie am Ende der vorhandenen Nummern begonnen werden soll, so daß sich diesmal die Belieferungen in der Mitte treffen statt am Ende auszulaufen, wie bisher. Wenn es nicht anders ist, soll unter Umständen auch am Sonntag verkauft werden, nur um jeden in den Besitz seiner Kartoffeln zu setzen. Man rechnet auch bereits damit, daß die Zufuhren bald viel reichlicher kommen werden, so daß baldigst wieder mit dem Verkauf bei den Händlern begonnen werden kann.

Wie gesagt, es wird alles getan, um die Kartoffelversorgung wieder in Fluß zu bringen, und der Magistrat hat wirklich gar kein Interesse daran, in bezug darauf irgend etwas ungenützt zu lassen. Das möge aber auch die Bevölkerung einsehen und weiter noch ein klein wenig Geduld haben. Sie wird es auch, davon sind wir überzeugt. Denn sie weiß, daß hier nicht Organisationsfehler, sondern die ganzen widrigen Verhältnisse dieses unseligen Krieges schuld sind. Wäre es anders, dann würden wir gewiß nicht schweigen, dafür haben wir bis jetzt schon genügend Beweise erbracht. —

---

* **Bestätigung des Oberbürgermeisters.** Die Wahl des Oberbürgermeisters Dr. Rive auf eine weitere 12jährige Amtsdauer hat die Bestätigung des Königs gefunden. —

* **Der Rektoratswechsel** ist gestern in der üblichen Weise vor sich gegangen. Als neuer Rektor fungiert nun für das nächste Jahr der Geheime Konsistorialrat Professor Dr. Lützgert. Interessant ist, was der abgetretene Rektor, Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Schmidt, in seinem Rektoratsbericht über den Universitätsbetrieb gesagt hat. Der Unterricht hat infolge des immer noch andauernden Krieges noch nicht wieder in seinem vollen Umfang aufgenommen werden können. Die Zahl der Studierenden betrug im verflossenen Wintersemester 2192, darunter 1500 Urlauber, im Sommersemester 2383, mit 1708 Urlaubern. Auf dem Felde der Ehre sind 117 Kommilitonen gefallen. Der kämpfenden Universitätsangehörigen ist zu Weihnachten und gelegentlich der jüngsten Jahrhundertfeier durch Sendungen ins Feld gedacht worden. —

* **Das Gewerkschaftskartell** hielt am Mittwoch seine Monatsversammlung ab, zu der auch die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften eingeladen waren. Zur Frage der Beitragserhöhung, die schon in einigen Sitzungen beraten worden ist, lagen mehrere Anträge vor. Entgegen dem Vorschlag des Vorstandes, die Beiträge von jetzt 80 auf 1,20 Mark pro männliches Mitglied und Jahr zu erhöhen, wurde beschlossen, eine Hinaufsetzung auf nur 1 Mark vorzunehmen. Für weibliche Mitglieder soll eine Erhöhung von jetzt 40 auf 60 Pfg. pro Jahr stattfinden. Die neuen Bestimmungen treten rückwirkend mit 1. Juli 1917 in Kraft. Sodann erstattete Genosse Emmer Bericht über die Bezirkskartell-Konferenz. In der Aussprache, die sich an seine Ausführungen anknüpften, wurde besonders darauf hingewiesen, daß verschiedene, selbst große Gewerkschaftskartelle im Bezirk ihren Zahlungspflichten nicht nachkommen und das Gewerkschaftskartell Halle die Hälfte der ganzen Einnahmen des Bezirkskartells aufbringen muß. Es wurde gewünscht, die säumigen Kartelle besser heranzuziehen. Im weitern erstattete Genosse Kleeis einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Halle. Dabei berührte er insbesondere die in Aussicht genommenen Aufgaben des neugebildeten Hilfsausschusses für Renten- und ähnliche Beschwerden, zur Vermittlung sonstiger wirtschaftlicher Hilfe usw. —

* **Die neue halbe Mark aus Zink** ist in Umlauf gebracht worden. Die Stücke unterscheiden sich bei flüchtigem Hinschauen wenig von den silbernen, doch ist der Adler etwas kleiner. Den Hauptunterschied bildet die dunkle Färbung des Randes. —

* **Keine Beschränkung der Bezugsscheinausfertigung.** Von verschiedenen Seiten werden, wie die Reichsbekleidungsstelle mitteilt, Gerüchte verbreitet, daß die Bezugsscheinausfertigungsstellen von der Reichsbekleidungsstelle angewiesen seien, keine Bezugsscheine auf Sommermäntel, und solche auf Wintermäntel erst vom 1. Oktober an auszustellen; nach andern Mitteilungen soll die Ausstellung von Bezugsscheinen von August bis Oktober überhaupt eingestellt werden. Bei allen diesen Ausstreuungen handelt es sich um falsche Gerüchte. Die Reichsbekleidungsstelle hat weder ein Verbot der Bezugsscheinausfertigung im allgemeinen noch eine Beschränkung der Ausstellung von Bezugsscheinen für Sommer- oder Wintermäntel in dem obenerwähnten Sinn erlassen. —

* **Bei Beerdigungen.** Der Magistrat weist darauf hin, daß dem Bureau VIII (Großer Berlin 11) bei Anmeldung von Beerdigungen stets die letzte Steuerquittung vorzulegen ist. —

* **Neufestsetzung der Universitätsferien.** Durch Erlasse des Kultusministers ist, wie der „Staatsanzeiger" mitteilt, der Beginn des Wintersemesters bei den Landesuniversitäten, der Akademie in Braunsberg und den technischen Hochschulen auf den 1. Oktober, das Ende auf den 2. Februar festgesetzt worden. —

* **Ueber die Libellenschwärme,** die kürzlich hier sowie in der weitern Umgebung von Halle aufgetreten sind und über die wir bereits mehrfach berichtet haben, wird neuerdings noch dem „Berliner Tageblatt" von Dr. R. W. Eckardt in Essen geschrieben: In den in diesem Jahre besonders sommerwarmen und trocken Gebietsteilen des östlichen Mitteldeutschlands hat man in letzter Zeit große Züge von wandernden Insekten beobachtet und anfangs gemeint, daß man es mit Wanderheuschrecken zu tun habe. Wären es jedoch solche gewesen, so hätten sich die Flieger vorher in Schlesien oder Böhmen zeigen müssen, denn diese schädlichsten aller Insekten pflegen aus den südrussischen Steppen zu kommen und waren bis in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein in Deutschland gar nicht so selten, weil damals jene russischen Gegenden noch sehr wenig kultiviert waren. Haben doch in Deutschland selbst erst ein geordneter Bodenbau und insbesondere das Aufhören des Brachfeldes der in frühern Zeiten auch hier einheimischen Wanderheuschrecke ein Ende bereitet. Da nun in Rußland der Landbau in den 3 Kriegsjahren sicherlich stellenweise sehr vernachlässigt worden ist, so wäre es immerhin nicht undenkbar, daß dieser Umstand die Entwicklung der Wanderheuschrecken daselbst und ihre etwaige Ausbreitung von dort hätten begünstigen können. Allein es hat sich in den besagten Gegenden lediglich um Wanderungen einer Libellenart (Libellula quadrimaculata) gehandelt, wie sie mehr oder weniger häufig in jedem Jahre aus uns noch unbekannten Ursachen stattfinden. Die Libellen oder Wasserjungfern sind aber nicht nur gänzlich harmlose, sondern sogar äußerst nützliche Insekten, da sie sich als ziemlich gefräßige Tiere in der Hauptsache von Motten und Stechmücken nähren, die sie im Fluge fangen und verzehren. —

* **Straßenbahnunfall.** Durch Herausspringen der Führungsstange eines Straßenbahnwagens wurden die Leitungsdrähte auf dem Marktplatz an mehreren Stellen zerrissen. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten. Beim Ausbessern des Schadens fiel ein Arbeiter über die Wagenstange des Ausbesserungswagens und zog sich eine leichte Kopfverletzung zu.

* **Gasvergiftung.** Eine Kontoristin wurde in ihrer in der Gr. Steinstraße befindlichen Wohnung infolge Einatmens von Leuchtgas bewußtlos aufgefunden. Ob ein Unglücksfall oder ein Selbstmordversuch vorliegt, ließ sich bisher nicht feststellen. Die Kranke wurde mit dem Krankenwagen der königl. Klinik zugeführt. —

* **Selbstmordversuch.** Ein 13jähriges Mädchen stürzte sich in selbstmörderischer Absicht in den Steinbruch am Kl. Galgenberg. Es wurde mit dem Krankenwagen nach dem Diakonissenhaus geschafft. Der Zustand des Mädchens soll bedenklich sein.

* **Kellereinbrecher.** In der Nacht zum Donnerstag sind zwei Männer von nachgenannter Beschreibung bei einem Kellereinbruch in der Mozartstraße überrascht worden, aber geflüchtet. Der eine Mann ist etwa 25 Jahre alt, trug schwarzes Jackett und schwarze Mütze; der andre Mann ist etwas älter und war bekleidet mit braunem Jackett und Mütze. Beide sind von mittlerer Größe. Im Vorgarten, von dem aus sie in den Keller eingedrungen waren, haben die Täter einen alten Kuchasch, eine fast neue Metallsäge mit flachem Bügel, der die Preisauszeichnung „3,75" trägt, und 1 Paar alte hellgelbe Schnürhalbschuhe, Größe 44, zurückgelassen. Wer irgendwelche Angaben machen kann, die zur Ermittlung der Täter, auch zur Herkunft der Metallsäge dienen, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 38, zu melden. Dort liegen auch die Sachen zur Ansicht aus. —

Rotes Flamenblut.

Roman von Pierre Broodcoorens.

Einzige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlaf.

(16. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Hilla war nicht die trägste. Aus Gefälligkeit gegen den Gutsbesitzer, dessen Leute nicht ausreichten, hatte sie sich für diesen Tag verdingt, mit Auré, einer ihrer Schwestern, einer kleinen, muntern Magern, die ein bißchen hinkte.

Es war für sie beide ein großes Vergnügen, das ihre sitzende Lebensweise und die Eintönigkeit der Handschuhnäherei unterbrach. Außerdem, daß sie gut bezahlt wurden und am Abend in dem niedrigen Saale des Gasthofs mit den andern feiern würden, fanden sie Gefallen daran, mitten drin in der Bande geschwätziger Kerle und lustiger Bauernburschen zu sein. Deren Späße erfreuten sie, und sie ärgerten sich keineswegs über eine etwas handgreifliche Zärtlichkeit, gelegentlich eines zufälligen Zusammenstoßes. Listel selbst ließ es an so etwas nicht fehlen. Hin und wieder klatschte seine Hand auf ein emporgerecktes Hinterteil. Ein breites Lachen erhellte dann die finsteren Gesichter der Taugenichtse. Ermutigt durch die Vertraulichkeiten des Herrn, fuhren sie ihrerseits in den Pausen der Arbeit unter Mieder und Röcke. Schreie wurden laut, die sich wie ein Aufglucksen in der majestätischen Stille des Abends verloren.

„Da, die letzten!" rief der älteste der Arbeiter aus. Hurtig stieß er seine Gabel in die Erde, wühlte mit dem Fuße den Haufen der gelben Knollen auseinander, holte dann zufrieden mit sich selber aus der Tasche sein Priemröllchen hervor und biß ein gut Stück davon ab.

„Heiza!" schrie Listel, bückte sich schnell und machte Miene, Hillas Knie anzufassen.

Sie tat einen raschen Seitensprung und stieß ihn erschreckt zurück, lachte aber gleich darauf aus vollem Hals. Und ihre runde dralle Brust wogte fesselnd unter ihrer blauen Jacke.

Die Burschen gingen einer nach dem andern. Aber nicht einen Tropfen Braunbier mehr gab es aus den Steingutbäuchen zu löppern. Man mußte seinen Durst für den Gutshof aufsparen. Rock und Gabel auf der Schulter, stiegen sie gemächlich den Feldhang hinab. Der Abendnebel verwischte ihre Umrisse mit seinem dämmernden Grau.

„Los!" trieb Listel an.

Hilla und Auré waren zurückgeblieben. Von der Schwarzen abgewiesen, machte er sich an die kleine, weniger wilde. Auf den dunkelnden Wiesen, über die sich die weißen Abendnebel zogen, ließen sich die melancholischen Töne einer Ziehharmonika vernehmen.

„Da ist Hein Donka," murrte der Gutsbesitzer. Er sah scharf in die Dämmerung.

Hilla, die sich gebückt hatte, um ihre Strümpfe in Ordnung zu bringen, richtete sich, ganz bleich geworden, auf und lauschte den melancholischen Tönen des Instruments.

„Wahrhaftig, ja. Da kommt er aus dem Gehölz 'raus," fuhr Listel fort, nachdem er ausgespuckt hatte. „Der macht einem ja 'ne Gänsehaut mit seinen Leichenbitterweisen."

„He, Mädel, wo rennst Du denn hin?" rief er aufgeregt.

Auré hatte angefangen leise zu lachen, indem sie lebhaft die Schultern zuckte.

„Der Teufel ist in das Weibsbild gefahren. Da hängt sie sich jetzt an die Hosen von diesem Landstreicher. Der brennt's wohl in den Röcken."

Er machte mit den Händen vorm Mund ein Schallrohr.

„Genier Dich nicht!" schrie er ihr nach. „Aber zur rechten Zeit wieder da sein! Keine Dummheiten, he!"

„Ich glaube wahrhaftig," sagte er, als er zurückkam, zu Auré, „nur solche Landstreicher haben Glück bei den Mädels."

Er faßte sie frech um die Taille; als aber auf der Straße der Wagen, ohne sich mehr um ihn zu bekümmern, anfing hinabzurollen, umringt von dem Arbeitertrupp, ließ er von der Hinkenden ab und fing an zu rennen, mit den Armen winkend.

„He da! Ihr Hanswürste! Macht mal da keine Dummheiten!"

Auré hielt es für überflüssig, auf ihre Schwester zu warten und folgte, so schnell ihr lahmer Fuß es gestattete, dem Gutsbesitzer.

8.

Durch den Abendnebel kam, den Filz auf dem Ohre, Hein Donka von Sulsique den Wiesensteg daher.

Er war ein hübscher, blonder, schlank-kräftiger Mensch mit aufgezwirbeltem Schnurrbart und lachender Miene. Der von einem ledernen Tragriemen gehaltene, über und über mit Messingnägeln, die sich hell von dem schwarzen Untergrund abhoben, beschlagene Kasten seines Instruments schlug ihm gegen den breiten Rücken. Trällernd und spielend nahte er, mit dem unwiderstehlichen Lächeln seiner verliebten Lippen.

„Guten Abend, Ungetreuer," rief eine Weiberstimme.

Das Gebüsch raschelte. Die Planke über dem Graben schallte unter einem eiligen Geklapper von Holzschuhen, und ein junges Mädchen in blauer Jacke und rotem Rocke tauchte vor Hein Donka auf.

„Die Schwarze!" sagte er, und sein Blick blitzte auf.

Er nahm die Harmonika unter den Arm und betrachtete sie ein paar Augenblicke.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170713-15/fragment/page=0005

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kartoffeln: Sonnabend vormittag 8—12 Uhr Nr. 10501—17500, nachmittags 2—6 Uhr Nr. 49001—56000. Sonntag vormittag 7—12 Uhr Nr. 17501—21000 und Nr. 42001 bis 49000 der neuen Lebensmittelscheine. Verkauf in der Talamtschule. Die Kartoffelmarke 14 verfällt am Sonntag mittag. Diejenigen Haushaltungen, die diesmal nicht darangekommen sind, werden nächste Woche vorzugsweise bedacht. Sie müssen diese Woche Mehl nehmen.

Eier: Sonnabend vormittag 8—12 Uhr Nr. 55001—65400 der neuen Lebensmittelscheine. Jede Person 2 Stück zum Preise von 28 Pfg. à Stück. Verkauf in der Talamtschule.

Graupen: Von Sonnabend an jede Person ¼ Pfund auf Nr. 67 des Warenbezugsscheins 7, das Pfund 30 Pfg. —

Die Kriegsverletztenfürsorge zu Halle im Jahre 1916/17.

Der Gesamtausschuß der Hallischen Kriegsbeschädigtenfürsorge war am Dienstag im großen Saale der Handelskammer beisammen, um den Jahresbericht für 1916/17 entgegenzunehmen; ihm hatten sich auch eine größere Anzahl von Vertretern der verschiedensten Behörden und Körperschaften angeschlossen.

Der Vorsitzende, Professor Wolff, gab zunächst eine

summarische Uebersicht.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 1300 Personen aufgenommen, gegen 1150 im Jahre vorher. Davon wurden 1150 der Berufsberatung zugeführt. Diese Berufsberatung geschieht durch zwei Kommissionen: eine allgemeine im Sammellazarett, die 550 Fälle zu beraten hatte, und eine sogenannte Fachberatungskommission in der Geschäftsstelle, die 600 Fälle bewältigte. Jede Beratung wird von sechs bis acht Männern geführt. Von den 1150 Berufsberatenen wiederum genossen rund 600 theoretischen Unterricht, 450 kamen in Werkstätten, und die übrigen wurden der Landwirtschaft zugeführt. Die Hauptaufgabe ist im abgelaufenen Geschäftsjahr der Ausbau der Werkstätten gewesen, auch mit Erfolg, denn jetzt bestehen eine orthopädische Werkstatt, eine Schlosserei, Granatendreherei, Tischlerei, Schuhmacherei, Korbmacherei und eine Werkstatt für Einarmer, die gegenwärtig etwa 35 Lernende hat. Die neuste Einrichtung ist der Barackenbau auf dem Steinplatz mit Erholungsgelegenheit und Kleinholzmacherei. (Darüber haben wir bereits ausführlicher berichtet. Red.) Alle Werkstätten sind seit Dezember in Einnahmen und Ausgaben gleich, erhalten sich also selbst. Die Geschäftsstelle ist ein fein ausgearbeiteter Apparat mit einer größeren Zahl von Angestellten. Besonderes Augenmerk verdient die Einarmerschule, in der Unterricht für Linksschreiben, Gymnastik und handwerksmäßige Beschäftigung geboten wird, darunter wiederum vor allem für Tischler. Eine stattliche Zahl von Kriegsbeschädigten konnte auch nach Ansiedlungen verwiesen werden. Die Ausstellung der Kriegsbeschädigten im Mai hatte guten Erfolg. Ein kleinerer Teil der Kriegsbeschädigten, etwa 35, mußte in besondere Heime aufgenommen werden, die den Zweck haben, noch nicht vollkommen ausgebildete, aber bereits vom Heer entlassene Verstümmelte weiterhin dazubehalten. Meistenteils werden ja die Kriegsbeschädigten bereits während ihres Aufenthalts noch in der Genesungskompanie zu uns geschickt. Nach besonderen landwirtschaftlichen Ausbildungsinstituten kamen 39 Kriegsbeschädigte, außer einigen andern, die in Lauchstedt weiter ausgebildet wurden. Sehr bewährt haben sich die vaterländischen Abende zum Besten der Kriegsbeschädigtenfürsorge; sie haben wesentliche Einnahmen gebracht.

Hierauf erfolgten die

Einzelberichte.

Zunächst sprach Professor Martiny über die Abteilung für **landwirtschaftliche Ausbildung**. Sie hat sich in letzter Zeit vor allem zur Aufgabe gemacht, Motorpflugführer heranzubilden, da hierfür in landwirtschaftlichen Kreisen eine große Nachfrage vorhanden sei. Dieses Vorgehen werde auch von der Landwirtschaftskammer und der Zentralarbeitsstelle unterstützt. Direktor Köncke berichtete über die **gewerblichen Fortbildungskurse**. Sie haben 26 Lehrer und 191 Schüler gehabt, wovon wiederum die höchste Teilnehmerzahl (185) der Kursus für soziale Versicherung aufwies. Wöchentlich wurden 93 Stunden Unterricht gegeben, das sind im Jahr etwa 4000. Direktor Göll berichtete von der **kaufmännischen Fortbildungsschule**. Sie hatte drei ordentliche Lehrgänge, teils für Kaufleute, teils für Nichtkaufleute. Die Teilnehmerzahl betrug zuletzt 64 (bisher überhaupt 240), wovon 39 Kaufleute, 12 Gewerbetreibende und 13 Ungelernte waren. Insgesamt wurden 864 Unterrichtsstunden erteilt. Der stärkste Andrang bestand bei den Kursen für Buchführung. Erfreulicherweise ist mancher der Teilnehmer an der kaufmännischen Ausbildung bereits in eine gute Stellung gekommen. Direktor Thiersch sprach über die **Unterrichtskurse in den Werkstätten.** Hier wird vornehmlich Maschinenbau, Baugewerbe und Kunstgewerbe (Malerei, Bildhauerei) gelehrt, und von ihnen ist wieder am meisten das Maschinenbaufach begehrt, wie überhaupt eine allgemeine Abwandrung aus den Handwerken stattfindet. Das Kunstgewerbe hatte bisher wenig Erfolg.

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Direktors Bauer über die **Blindenfürsorge,** die hier mit behandelt wurde, obwohl sie eigentlich eine mehr staatliche Sache ist. Kriegsblinde gingen durch das hiesige Institut bisher 167, wovon 104 aus der Provinz Sachsen stammten. Davon waren nur aktenmäßig 37 vorhanden, die sich u. a. wieder in 13 erwerbsfähige und 5 nicht vollkommen blinde gliederten. 130 gingen durch die Berufsberatung; von den 163 aus der Provinz stammenden darunter sind wiederum 4 voll erwerbsunfähig, also auch am Körper verstümmelt, 6 sind noch unentschieden über ihren Beruf, 5 wollen in eine Anstalt, 13 gehen für sich, 14 lernen, 58 sind erwerbstätig und 3 lehnen jede Arbeit ab, hauptsächlich infolge der Einwirkung ihrer Frauen. Erstaunlich ist, zu was sie alles und wie vielseitig diese Blinden ausgebildet werden. Sie sind teils als Kaufleute, Obst- und Kohlenhändler, Arbeiter in Waffenfabriken, einer ist sogar in seinem alten Beruf als Lehrer wieder tätig und ein andrer als Postbote. Zu wünschen wäre nur, daß sich auch noch andre Fabriken finden, die solche Unglückliche aufnehmen; und solche Fabriken gibt es noch übergenug. Weiterhin findet neuerdings für die nach der Landwirtschaft strebenden Blinden ein allgemein zugänglicher Lehrgang auf einem besonderen Gut in Schlesien statt. Die sonstigen Erwerbstätigen sind beschäftigt mit Knüpf- und Flechtarbeiten, mit Korbmacherei, Bürstenmacherei usw. Bemerkenswert ist, daß ein Blinder, weil er noch ¾ Sehkraft auf einem Auge hatte, zum Heeresdienst wieder eingezogen wurde, und zwar auch gleich wieder entlassen werden mußte, aber doch nun als Ausgehobener ohne Unterstützung dasteht. Das Hauptaugenmerk wird darauf gerichtet, die Blinden teils in möglichst unabhängige und dauernde Stellungen zu bringen, teils auch anzusiedeln, wiederum möglichst in ihrem alten Heimatsort. Die Ansiedlung geschieht in der Weise, daß der Blinde veranlaßt wird, einen Teil seiner Rente zu kapitalisieren und zum Ankauf des ausersehenen Besitztums zu verwenden, und daß im übrigen die verschiedenen Stiftungen eingreifen. Die größte Schwierigkeit bei allem macht der große reizbare Zustand der Blinden, ebenso ihre Ueberleitung ins praktische Leben, dies um so mehr, als hierbei auch noch eine ungeheure Verteurung aller Arbeitsmaterialien hinzugekommen ist.

Im engsten Zusammenhang damit stand auch der Bericht des Direktors Simon über die **Taubstummenschule.** Der Unterricht ist individuell und sehr mühsam. An Teilnehmern waren 157 vorhanden, davon 90 Taube, 54 Stumme und 13 Taubstumme. Sie stammen aus allen möglichen Berufen; ihrer Truppengattung nach gehören sie meist zu Infanterie (126), weiterhin zu den Armierungsarbeitern (15), der Pionieren (4) und so weiter; die Ursachen der Erkrankung bestehen aus direkten Verletzungen, aus Explosionen, Verschüttungen usw. Vor allen Schülern konnte am Ende 51 Ohrenkranke sehr gut ablesen, Sprachkranke wurden 15, Sprach- und Ohrenkranke 7 geheilt. Ueber die Zukunft der Entlassenen läßt sich noch nicht viel sagen, da sie zum Teil von der Militärverwaltung in militärische Werkstätten beordert wurden. Sie gingen meist wieder in ihre alten Berufe, nur ist zu befürchten, daß sie nach dem Kriege zugunsten Gesunder beiseitegeschoben werden.

Schließlich berichtete noch Professor von Dobschütz über **die Kriegsbeschädigten der Universität.** Für sie werden besondere Kurse abgehalten, zu deren Veranstaltung sich alle Professoren bereit erklärt haben. Zu beobachten war dabei, daß bei denen, die lange in Lazaretten gelegen haben, eine gewisse geistige Schwerfälligkeit eingetreten ist, denen allerdings wieder eine große geistige Energie zur Bewältigung des Lehrstoffs gegenüberstand.

Die Rechnungslegung,

von Herrn Menschewski gegeben, wies 53484 Mark Einnahmen auf, und zwar: Bestand von 1916 rund 1706 Mark, Mobilmachungsausschuß 12000 Mark, Provinzialausschuß 12401 Mark, Rückzahlungen von Kriegsbeschädigten 651 Mark, Werkstätteneinnahmen 490 Mark, Spenden 22098 Mark, Sonstige Einnahmen 3902 Mark, Zinsen 244 Mark. Die Ausgaben betrugen 50668 Mark, und zwar: Löhne, Gehalte und Unterstützungen 25557 Mark, Werkstätten-Unterricht 16883 Mark, Theoretischer Unterricht 7488 Mark, Sachliche Unterstützungen 738 Mark. Sonach bleibt ein Bestand für 1917/18 von 2816 Mk.

Zu guter Letzt folgten Mitteilungen über

neue Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge,

gegeben von Professor Wolff, Dr. Holz und Professor Martiny. Für die Rentennachprüfung ist ein besonderer Ausschuß gebildet worden (worüber wir ebenfalls schon berichtet haben. Red.), mit Dr. Wald als Vorsitzenden. Ebenso ist es in bezug auf die wirtschaftliche Selbständigmachung von Kriegsbeschädigten geschehen, welchem Ausschuß Dr. Weisler vorsteht. Die vermittelnde Tätigkeit soll weiterhin sorgsam behandelt werden. Wurden doch durch die Berufsberatungsstelle von 554 sich meldenden Kriegsbeschädigten 505 in neuen Stellungen untergebracht (unter anderm 164 in die Landwirtschaft, 144 in die Industrie, 82 in das Handwerk und 91 in den Handel); durch den Verwundetennachweis gelang es von 96 sich meldenden in bezug auf 69 (wovon unter anderm 7 in die Landwirtschaft, 18 in die Industrie, 20 in den Handel und 20 in das Handwerk kamen). Zur Ausdehnung der landwirtschaftlichen Berufsberatung ist seit Januar 1917 eine besondere Abteilung mit besonderen Kursen gebildet worden, die gegenwärtig hauptsächlich die schon erwähnte Ausbildung von Motorpflugführern betreibt. In bezug auf den landwirtschaftlichen Unterricht hat sich gezeigt, daß die aus der Landwirtschaft stammenden Kriegsbeschädigten schnellstens wieder dahin zurück wollen und sich auch dorthin zurechtfinden, was auch weiterhin gefördert werden soll. An neuen Kursen sind solche für Fleischbeschauer und Laboranten geschaffen worden, außerdem sind Kriegsbeschädigte auch bei Handwerksmeistern in die Lehre gekommen. Schließlich ist auch noch ein Beschwerdeausschuß ins Leben getreten, der Beschwerden von Kriegsbeschädigten über ihre Kursusleiter, Unternehmer oder Arbeitskollegen entgegenzunehmen hat. Zu berücksichtigen ist übrigens immer, daß niemals ein Zeugnis über den Erfolg des Lehrgangs eines Kriegsbeschädigten, sondern immer nur eine Bescheinigung über den erfolgten Besuch ausgestellt wird.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und Professor Wolff schloß unter Dankesworten an alle, die sich um die Kriegsbeschädigtenfürsorge auch im vergangenen Jahre verdient gemacht haben, die Sitzung. —

Aus der Provinz.

Neue Preiserhöhung der Kleinbahnen.

In einer außerordentlichen Versammlung des Vereins deutscher Straßen- und Kleinbahnen, die in Berlin stattfand, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die wirtschaftliche Notlage, in der sich die Straßen- und Kleinbahnen seit Kriegsbeginn befinden, hat sich immer mehr verschärft. Materialpreise und Arbeitslöhne sind erheblich weiter gestiegen. Eine Herabminderung ist im Kriege und in absehbarer Zeit nach dem Kriege nicht zu erwarten. Der Mindestfahrpreis von 15 Pfg. für die Straßenbahnen und eine Tariferhöhung von 50 v. H. für die Kleinbahnen ist daher das geringste, was heute als Fahrpreis verlangt werden muß, um die Betriebe lebensfähig zu erhalten.

Bereits im März 1916 hatte der Verein eine Erhöhung des Tarifs auf 15 Pfg. beschlossen mit der Begründung, daß „ein wirtschaftlicher Verfall der Straßenbahnen im allgemeinen nur aufzuhalten sei durch baldige Festsetzung des Mindesttarifs auf 15 Pfg. unter entsprechender Erhöhung der Begünstigungspreise.

Könnern. Tödlich verunglückt. Auf tragische Weise hat hier ein 91 Jahre alter Invalide, Trost mit Namen, seinen Tod gefunden. Er las auf dem Bahnhof, und zwar in der Nähe des Güterschuppens, Kohlen zusammen. Dabei geriet er unter einen anfahrenden Kohlenwagen und wurde gleich so schwer verletzt, daß kurz darauf sein Tod eintrat. —

Wettin. Zum Dieb ist hier ein kaum der Schule entwachsener Junge geworden. Er stahl dem Arbeitgeber, bei dem er beschäftigt war, eine goldene Taschenuhr im Werte von 160 Mark. Ob er sich seines Tuns auch vollkommen bewußt gewesen ist, muß erst noch die Untersuchung lehren. —

Dommitzsch. Diebstähle. Dem im Felde stehenden Mühlenbesitzer Albert Schlobach hier wurde aus seiner Windmühle ein größerer Treibriemen gestohlen. — In Greuditz drangen Spitzbuben in den Keller des Landwirts Schicke und stahlen diesem 4 Stück schöne, frisch gebackene Brote. —

Ammendorf. Ja, ja, Prozesse müssen sein.... Von einer allgemeiner interessierenden, langwierigen Klage, die jetzt in ein neues Stadium getreten ist, nachdem sie schon etliche Stationen hinter sich gebracht hat, wird gegenwärtig verschiedenen Blättern berichtet. Die Firma Hoppe & Roebning in Halle klagt gegen die Gemeinde Ammendorf wegen zuviel erhobener Gemeindegewerbesteuer, die sie wegen ihres dort befindlichen Teilbetriebs zu zahlen hat. Sie war erst mit einem Einspruch vorgegangen, und klagte dann, als dieser Einspruch abgelehnt wurde, beim Kreisausschuß. Hier behauptete sie insbesondere, daß die betreffende Steuerordnung ungültig sei, da die Gemeindeversammlung, die sich mit der Steuerordnung zu beschäftigen hatte, nicht ordnungsmäßig einberufen sei, auch dürften jene Arbeiter, die die Firma in Halle beschäftige, bei der Bemessung der Höhe der Steuer nicht berücksichtigt werden. Der Kreisausschuß ermäßigte auch die Steuer auf 2039 Mk. und führte aus: Die Einwände gegen die Gültigkeit der Steuerordnung seien nicht stichhaltig, und da die Firma auch abgelehnt habe, dem Gemeindevorsteher die von ihm für notwendig erachteten Angaben über die Anzahl der in ihrem Gesamtbetrieb beschäftigten Arbeiter und über den Betrag ihres Gesamtbetriebs zu machen, so mußte es bei den vom Gemeindevorsteher bei der Veranlagung zugrunde gelegten Zahlen sein Bewenden behalten. Doch damit nicht genug, die Firma wandte sich nun an den Bezirksausschuß, und da dieser der Vorinstanz beitrat, so ging sie an das Oberverwaltungsgericht. Hier fand sie endlich insoweit Recht, daß diese Instanz die Vorentscheidung als unzutreffend erklärte und die Sache zur erneuten Verhandlung und Beschlußfassung zurückverwies. Nun kann also das Klagen lustig weitergehen. —

Bitterfeld. Keine Kleider und Schuhe durch die Stadt mehr. Mit Rücksicht auf die nur noch vorhandenen geringen Vorräte von Kleidungsstücken und Schuhwaren in der Bekleidungsstelle, Hallische Straße 7, ist der Verkauf am Mittwoch voraussichtlich für die Sommerzeit geschlossen worden. Der Ankauf wird dagegen fortgesetzt. Der Magistrat weist wiederholt darauf hin, daß getragene Kleidungsstücke (Herren- und Damenkleider, Kinderkleider, Wäsche und Schuhwaren usw.) nur an die Bekleidungsstelle abgegeben werden dürfen, und bittet, der Bekleidungsstelle, Hallische Straße 7, Telephonnummer 519, Nachricht zu geben, falls Eigentümer Kleidungsstücke usw. zum Kauf oder unentgeltlich abgeben wollen. Jedes noch einigermaßen reparaturfähige Stück wird angenommen. — Weiter gibt der Magistrat folgendes bekannt: Bei der bekannten Lederknappheit kann nur empfohlen werden, daß im Sommer barfuß oder mit Holzsandalen gegangen wird, insonderheit sämtlichen Schülern und Schülerinnen. Wenn sie sich in den großen Ferien daran gewöhnt haben, bestehen nach ärztlicher Gesundheit keine gesundheitlichen Bedenken für den Aufenthalt in der Schule. Es ist also jetzt der geeignete Zeitpunkt, damit zu beginnen.

Ferner ist es eine selbstverständliche Pflicht jedermanns, nur Schuhwerk zu tragen, das durch Benaglung oder sogen. Helfferichs geschützt ist; andernfalls würde er in die größte Verlegenheit kommen. —

— Großer Lebensmitteldiebstahl. Aus einem hiesigen Werke sind in der Nacht vom 9. zum 10. d. M. mittels Einbruchs 40 Büchsen Leberwurst, 20 Büchsen Rosenkohl, 30 Büchsen weiße Bohnen, 3 Büchsen Wirsingkohl, 5 Büchsen Wirsingkohl, 5 Büchsen Stangenspargel, 3 Büchsen Schnittspargel und 25 Büchsen Milch entwendet worden. Sollten Büchsen mit den vorbezeichneten Gemüsearten usw. zum Kauf angeboten werden, oder sollte beobachtet werden, daß jemand im Besitz einer größern Anzahl Büchsen ist, so bittet die Polizei, ihr umgehend Mitteilung zugehen zu lassen. —

Eisleben. Diebstähle sind hier an der Tagesordnung. In der Nacht zum Sonntag wurden im „Café National" außer verschiedenen andern Sachen eine größere Anzahl Zigarren und Zigaretten gestohlen. In der Nacht darauf wurde ein Einbruch im Hotel „Graf Hoyer" verübt und ebenfalls Zigarren und Zigaretten sowie u. a. noch 24 Kaffeelöffel und etwas Wechselgeld entwendet. In der Nacht zum Dienstag wurden Herrn Bäckermeister Fräntzki, Hohetorstraße 10, Brote und Geld gestohlen, außerdem Lebensmittelkarten. In derselben Nacht wurden zwei Bergleute beim Diebstahl von Kohlrabi und Salat gefaßt. —

Liebenwerda. Einbruchsdiebstahl entsprungener Zuchthäusler. Aus Oschätzchen wird unterm 11. Juli berichtet: Das Entweichen von vier Zuchthäuslern aus dem Zuchthaus Luckau hat unser Ort schon zu spüren bekommen. Zwei derselben waren auf einem Braunkohlenwerk in Klettwitz (N.-L.) beschäftigt, von wo sie sich am Freitag entfernten. Beide hatten sich nun in der Nacht vom Montag zum Dienstag in das Gehöft des Mühlenbesitzers Theuergarten, der im Felde steht, eingeschlichen und auf dem Heuboden ihr Lager aufgeschlagen. In Abwesenheit der Bewohner drangen sie andern Tags in die Wohnung ein und durchstöberten mit Hilfe von Dietrichen alles, was nicht niet- und nagelfest war. U. a. haben sie sich zwei Uhren, einen dunkeln Anzug, Geld und Schmucksachen, sowie einen Korb mit Lebensmitteln angeeignet. Glücklicherweise wurden in der Nähe befindliche Leute auf das Treiben der Burschen aufmerksam und konnten die Verfolgung aufnehmen. Es gelang, den einen der beiden am sogenannten Kröbelner Holze festzunehmen, während der andre spurlos verschwunden ist. Der Festgenommene, mit Namen Kerzinger, wurde noch gestern abend nach Liebenwerda transportiert. Der Entwichene soll nach Angabe des Verhafteten Bauer heißen, 25 bis 30 Jahre alt und von schlanker Figur sein, gelbe Gefangenenkleidung tragen und im Besitz des gestohlenen Anzugs sein. —

Merseburg. Besserer Zugverkehr nach Leuna. Der durch das Leunawerk entstandene ungeheure tägliche Verkehr von hier nach Leuna und umgekehrt hat die königliche Eisenbahndirektion Halle zu entsprechenden neuen Verkehrseinrichtungen veranlaßt. Vom Donnerstag den 12. Juli an erfolgt Einlegung eines Vorzugs ab Halle 4.45, an Leuna 5.22 Uhr. Ferner werden die Züge 806 (Halle ab 6.15), 821 (Leuna ab 6.18) und 809 (Leuna ab 7.19) so verlegt, daß sie dem Leunaer Verkehrsbedürfnis nunmehr in vollem Umfange Rechnung tragen dürften. —

— Pachtergebnisse. Die Hartobstpflanzungen des Ritterguts Werder sind für 7000 Mark und diejenigen der Probstei und Fasanerie für 3000 Mark an den hiesigen Obsthändler Hartung verpachtet worden. Wenn man nun wüßte, wieviel im vorigen Jahre für diese Obstnutzungen gegeben worden ist, dann könnte man sofort sagen, wieviel die Verbraucher in diesem Jahre unnötigerweise mehr bezahlen müssen. —

Torgau. Glockenopfer. In nächster Zeit wird von den Glocken unsrer Stadtkirche diejenige, an der der Türmer bisher die volle Stundenzahl nachschlug und an der er durch Anschlag den Ausbruch eines Feuers meldete, aus dem Glockenstuhl entfernt werden, um für Kriegszwecke Verwendung zu finden. Wie wir hören, soll das Nachschlagen in Wegfall kommen, dagegen soll der Alarm bei Schadenfeuern künftig durch Anbringen eines Hammers an einer der im südlichen Turme hängenden Glocken ausgeführt werden. —

— Selbstmord? Am Dienstag hat sich der Auszügler Friedrich Grund aus Schützberg aus seiner Wohnung entfernt und ist nicht wieder zurückgekehrt. Es wird angenommen, daß er sich in einem Anfall von Geistesstörung ein Leid angetan hat, vermutlich ist er in die Elbe gegangen. Er war bekleidet mit grauer Stoffhose und blaugestreiftem Hemd ohe Kopfbedeckung und Fußbekleidung. —

Weißenfels. Nahrungsmittelangelegenheiten. Zur besseren Ernährung der Kinder im 1. Lebensjahr ist angeordnet worden, daß sie vom 1. Juli an eine Zuckerzulage von monatlich 750 Gramm zu erhalten haben. — Für den Landkreis ist der Würfelzuckerpreis im Kleinverkauf auf 35 Pfg. pro Pfund festgesetzt worden.

— Jahrmarkt-Verkaufszeit. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß außerhalb der für den Jahrmarkt festgesetzten Verkaufszeit von Dienstag den 17. d. M. früh 7 Uhr bis Donnerstag den 19. d. M. mittags 12 Uhr Marktwaren nicht feilgehalten werden dürfen, und daß der hier für das stehende Gewerbe vorgeschriebene Ladenschluß (abends 7 Uhr) auch für den Marktverkehr streng einzuhalten ist. —

Wittenberg. Die Ausgabestelle für Lebensmittelkarten befindet sich von jetzt an im zweiten Stockwerk des Rathauses, Zimmer 2 (früherer Schöffensaal). Daselbst werden auch die An- und Abmeldungen in Lebensmittelangelegenheiten entgegengenommen. —

— Wieder eingefangen. Ein militärischer Posten hat in Tornau zwei kriegsgefangene Russen, die vom Arbeitslager in Kobin entwichen waren, festgenommen. Die Feststellungen ergaben, daß sie vom Lager Wittenberg stammen. Zu verwundern ist, daß die beiden Russen über viel deutsches Geld, Landkarten und reichlich Lebensmittel an Wurst, Speck und Brot verfügten. —

— Handwagendiebstähle im großen. Am Mittwoch fand sich ein kürzlich vorm Schloßtor gestohlener Handwagen im Besitz einer Arbeiterfrau vor, die ihn wieder von dem Mittelstraße 22 wohnenden Maurer Hoffmann käuflich erworben haben wollte. Sofort wurde bei der Polizei Anzeige erstattet und diese stellte fest, daß H. schon seit einiger Zeit einen schwunghaften Handel mit Handwagen, die er und seine Familienangehörigen gestohlen haben, getrieben hat, während noch mehrere Wagen und Rodelschlitten gefunden und beschlagnahmt wurden. Inzwischen haben sich auch bereits mehrere der Bestohlenen gemeldet und ihr Eigentum reklamiert. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170713-15/fragment/page=0006